

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgelbte Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Kontingentspreis: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Freitag, den 22. August 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Zur Lage in Elsaß-Lothringen.

Strasbourg i. El., 20. August.

Die Sozialdemokratie kann es sich zum Verdienste anrechnen, in die verkommensten politischen Verhältnisse der Reichslande wieder etwas Schwung und Leben gebracht zu haben. Bis dahin hatte die Bevölkerung nur in geringem Maße Anteil genommen an den großen Fragen, welche drüben, jenseits des Rheins, die Gemüter bewegten und für die Taktik der einzelnen Parteien bestimmend waren. Im günstigsten Falle war man zu haben, wenn es galt, gelegentlich bedeutungsvoller Reichstags-Wahlen, wie z. B. derjenigen des Februar 1887, die Staffage für die Häupter einer sterilen Protektorei zu bilden. Darüber hinaus kümmerte man sich um nichts und überließ das Feld dem engberzig-partikularistischen Klerikalismus und dem seit der Aera Manteuffel von der Regierung verhässelten Notabelthum, welches seinen politischen Einfluß im Sinne seiner spezifischen Klasseninteressen trefflich auszunützen verstand.

Die Wahlen zu den politischen Körperschaften des Landes (Kreisräten, Bezirksräten, Landesausschuss) vollzogen sich deshalb in Formen, welche den an lebhaften Agitation und einen frisch-freudlichen Kampf der Meinungen gewöhnten Genossen Mitteldeutschlands durchaus unbekannt sind. Von programmatischen Erklärungen der einzelnen Kandidaten über ihre Stellung zu den der Kompetenz der betreffenden Körperschaft unterliegenden Gegenständen war keine Rede; nur um die Person drehte sich der Streit, der sich dann auch durchweg auf dem Boden der persönlichen Kampfesweise abspielte.

Das ist alles anders geworden, seitdem die Sozialdemokratie die Massen aufgerüttelt und sie von der Nothwendigkeit überzeugt hat, die politischen und sozialen Fragen der Gegenwart zum Gegenstand der Wahlkämpfe zu machen, die in Zukunft nicht mehr um Personen, sondern um Programme sich drehen sollten. Das war hier zu Lande etwas Neues, Ungehörtes. Man spottete anfänglich über die Sozialisten, die bei jeder Wahl mit besonderen Programmen vor die Wählerhaft traten. Bald aber sahen sich auch die übrigen Parteien, vornehmlich die oppositionellen, die Klerikalen und Demokraten, dazu genöthigt, mit prinzipiellen Erklärungen und positiven Forderungen in der Arena des Wahlkampfes zu erscheinen; kurz: das politische Leben war in den Reichslanden erwacht; man war durch die unaufrührliche Agitation der Sozialdemokraten, die schon Ende der 80er Jahre bei den Reichstagswahlen eingesetzt hatte, zu der Ueberzeugung gekommen, daß mit der überlieferten Politik des Schmollens nichts zu erreichen sei, und daß man Einfluß auf die Zusammenfassung des Landesparlamentes gewinnen mußte, wenn man dem herrschenden System erfolgreich zu Weib geben wollte.

Die gesetzgebende Körperschaft des Landes — soweit von einer solchen bei der staatsrechtlichen Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens die Rede sein kann — ist der in Strasbourg tagende Landesausschuss. Derselbe zählt im ganzen 58 Mitglieder. Von diesen werden vier durch die Gemeinderäthe der größten Städte des Landes, Strasbourg, Mülhausen, Reims und Colmar ernannt; die Wahl von weiteren 20 geht den Kreisräten zu, während volle 54, also mehr als die Hälfte, durch die Bezirksräte und aus denselben ernannt werden. Das politische Schwergewicht, welches durch dieses komplizierte Wahlsystem den Bezirksräten zugewandt ward, brachte es mit sich, daß nach dem Eingreifen der Sozialdemokratie in die politischen Geschicke des Landes die oppositionellen Parteien ihr Hauptaugenmerk den Wahlen zu diesen Körperschaften zuwenden. Und in der That sind im Verlauf der letzten Jahre diese Wahlen auch zu den bedeutungsvollsten politischen Lebensäußerungen der reichsländischen Bevölkerung geworden. Dazu kommt, daß das Wahlrecht zu den Bezirksräten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte ist, wodurch der erfolgreiche Theilnahme der großen Massen in jeder Hinsicht Vorschub geleistet wird.

Die drei Bezirksräte der Reichslande (für Ober-Elsaß, Unter-Elsaß und Lothringen) sind im Jahre 1874 nach dem Vorbild der französischen conseils généraux errichtet worden. Abgesehen von ihrer eminent wichtigen Funktion als Wahlmännerkollegium für den Landesausschuss haben dieselben bisher eine vorwiegend verwaltungsmäßige Thätigkeit entfaltet, ohne jeden selbständigen Einfluß auf die innere Entwicklung des Landes, und stets als willkürliche Werkzeuge der Regierung, die auf ihre Zusammenfassung in bestimmender Weise einzuwirken verstand. In exklusiven Konventikeln wurden die Kandidaten nominirt, sie stellten sich mit dem Hinweis auf ihre langjährige Bekanntheit mit den Einwohnern des Bezirks in einem 5-10 Zeilen umfassenden „Wahlaufruf“ den Wählern vor, von denen dann ein verhältnismäßig Bruchtheil den ihnen übermittelten Zettel in die Urne legte, womit dann der Herr Kandidat „gewählt“ war. Daß die Regierung mit diesen Zuständen zufrieden war, ist leicht erklärlich und es lag deshalb ganz in ihrem Interesse, die Bevölkerung über die politische Bedeutung und die Rechte der Bezirksräte so viel als möglich im Dunkeln zu lassen. Regierung und Notabelthum hatten sich bisher bei der Fernhaltung der breiten Wählermassen von den Bezirksrathswahlen verständnißmäßig unterstellt und dabei in jeder Weise ihre Rechnung gefunden.

Aus dieser beschaulichen Ruhe wurden die herrschenden Kreise plötzlich grausam aufgestört, als im Jahre 1894 die Sozialdemokraten zum ersten Male mit der ihnen eigenen Energie und Entschiedenheit in den Kampf um die Bezirksrathswahlen eintraten. Mit sorgfältig ausgearbeiteten Programmen traten sie vor die Wähler, denen jetzt erst über das Gewicht ihrer politischen Rechte der Staar gesprochen ward. Die Bezirksrathswahlen, welche bisher so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gegangen waren, wurden infolge der sozialistischen Agitation, welche sich mittels Flugblättern und — soweit dies polizeilichereits gestattet war — Versammlungen ganz nach dem Muster der Wahlarbeit unserer Genossen jenseits des Rheins vollzog, zum Gegenstand des allgemeinen Interesses, sie begannen einen Maßstab abzugeben für die Stärke der einzelnen Parteirichtungen des Landes. Das Schwergewicht der politischen Entscheidungen der Wahlbevölkerung war den bisher maßgebenden allmächtigen Einzelpersonen und Klippen aus der Hand genommen und den Parteien zugewandt, deren Aufmarsch sich immer mehr nach dem Vorbild Mitteldeutschlands zu vollziehen beginnt.

Wenn bei diesem unserem ersten Anlauf vor drei Jahren auch noch kein direkter Wahlerfolg zu verzeichnen war, so hatten wir doch

die Genugthuung, die infolge ihrer jahrzehntelangen politischen Abstinenz allmählich zähflüssig gewordene Bevölkerung Elsaß-Lothringens wieder etwas in Bewegung gebracht zu haben. Und die rapiden Fortschritte, welche wir seit der Boulanger-Wahl vom Februar 1887 gemacht (von ganzen 678 Reichstagswahl-Stimmen damals krieg die Zahl unserer Anhänger auf 46 186 bei den Wahlen am 15. Juni 1893), sie beweisen, daß die intelligente und mit lebhaftem Temperament ausgestattete Bevölkerung Elsaß-Lothringens sich rasch von einem neuen Ideenkreise erfassen läßt, wenn sie von demselben erst einmal fühlbar tangirt worden ist.

Was uns im Jahre 1894 noch ver sagt geblieben war, das brachte uns der Anfang des Jahres 1896, in welchem die für alle proletarischen Einflüsse bisher hermetisch verschlossenen Thüren des unterelssässischen Bezirksrathes durch das Nachgeben der sozialistischen Wählerchaft Straßburgs gesprengt wurden und dem ersten Sozialdemokraten, unserem Genossen Böhle, Zutritt gewährten.

Die stille Wählerarbeit der bösen Sozen, welche mit dem Siege Böhles ein nach oben hin sehr unangenehm berührendes Lebenszeichen von sich gegeben hatten, sollte jedoch nicht ohne kräftige Reaktion auf seiten der Regierung bleiben. Man sann auf ein Mittel, den Vormarsch der rothen „Kotte“ im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ aufzuhalten, und fand dasselbe — genau wie bei den hiesigen Sachen — in der Verböserung des Wahlsystems für die Bezirksräte, dessen bisherige demokratische Qualitäten den herrschenden Kreisen lästig zu werden begannen. Die „Erwägungen“ der Regierung verdrängten sich zu einer Vorlage an den Landesausschuss, nach welcher das aktive Bezirksrathswahlrecht, welches bisher jedem mindestens 25-jährigen Deutschen zugehört hatte, der im Bousbesitz seiner staatsbürgerlichen Rechte war, in einer Weise eingeschränkt wurde, daß wohl ein Siebentel der bisherigen Wähler ihres Stimmrechtes verlustig ging. So wurde das letztere an die Voraussetzung einer bereits dreijährigen Anwartschaft in der Gemeinde, bezw. an den Besitz eines Wohnhauses, den selbständigen Betrieb eines Gewerbes oder die Ausübung eines öffentlichen Amtes geknüpft; ferner wurde allen Personen, welche Armenunterstützung bezogen hatten oder mit ihren Gemeinde-Abgaben im Rückstand geblieben waren; endlich allen denjenigen, die wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, zu einer Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe verurtheilt worden, für die Dauer von fünf Jahren nach Verbüßung der Strafe die Berechtigung zum Wählen entzogen. Wenn man bedenkt, daß das Reichs-Strafgesetzbuch nicht weniger als 85 Delikte obiger Art kennt; daß ferner in der Konkursordnung, dem Handelsgesetzbuch, dem Nahrungsmittel-, Sprengstoff-, Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz u. a. in einigen landesrechtlichen Bestimmungen des Code pénal obigen Voraussetzungen entsprechende Strafbestimmungen enthalten sind, durch welche die Gesamtzahl der möglichen Fälle auf mindestens 120 bis 130 anwächst, so läßt sich denken, in welcher umfassender Weise die Bezirksrathswählerzahl durch die neue Wahlordnung vermindert worden ist. Ebenso leuchtet ein, daß die Sozialdemokratie es ist, die infolge der zuerst erwähnten Beschränkung hinsichtlich der Dauer der örtlichen Anwartschaft, der Armenunterstützung, sowie der rückständigen Gemeindeabgaben die Kosten der reaktionären Wahlverfälscherung zu drei Vierteln zu beizutragen hat.

Trotz alledem ist die gewünschte Wirkung derselben angeblieben. Bei den vor wenigen Tagen beendigten Ergänzungswahlen zu den drei Bezirksräten des Landes hat unsere Partei Erfolge erzielt, die nicht nur im ganzen Lande Aufsehen erregt, sondern selbst in unseren eigenen Reihen freudige Ueberraschung hervorgerufen haben. Im Kanton Geweiler vereinigte ein von unseren Genossen aufgestellter Kandidat mit geringer Mühe eine ganz erhebliche Minderheit der Wählerstimmen auf seinen Namen; der Kanton Martrich führte Genossen Bueh mit bräunlicher doppelter Stimmenzahl zum Sieg über einen Gegner, der den Sitz seit Jahren innegehabt hatte, und in Strasbourg-Ost schlug Böhle im zweiten Wahlgang den gesammten Ordnungslängling auf's Haupt. Im Ober- wie im Unter-Elsaß müssen die Bezirksrathswahlen, welche bisher in so beschaulicher Ruhe dahingezogen hatten, sich für die Zukunft also mit der Anwesenheit eines rothen Hechtes vertraut machen.

So bildet die diesjährige Bezirksrathswahlbewegung in den Reichslanden, wenn von ihr vorerst auch noch keine entscheidende Aenderung in der Zusammenfassung des Landesausschusses zu erwarten ist, doch eine wichtige Epoche in der politischen Entwicklung Elsaß-Lothringens. Dem System Puttkamer, das sich im Reichstag mit Vorliebe auf die bisher so ganz nach Wunsch ausgefallenen Wahlen berufen und dieselben mit einem Schein von Berechtigung als ein Zeichen der Zufriedenheit des Volkes mit den inneren Zuständen gegen die Feinde der verhassten Diktatur und Ausnahmefolge anspielen konnte, ihm ist durch den Anfall der jüngsten Wahlen nun auch diese scharfe Waffe entzunden worden. Wenn im Reichsparlament der Jammer der staatsrechtlichen Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens wieder einmal zur Sprache kommt, dann wird der Hinweis auf den flammenden Protest, den das reichsländische Volk am 1. August 1897 gegen das System der Bevormundung und Entrechtung erhoben hat, unsere Widersacher verstummen machen und ihnen den Muth rauben zu der Behauptung, im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ sei alles so bestellt, daß es nicht besser sein könnte.

Politische Uebersicht.

Berlin, 21. August.

Der internationale Kongress für Arbeiterjahre tritt am Montag in Zürich zusammen. 317 Delegirte und 119 Gäste haben sich angemeldet. Für die schweizerische Zentralregierung erscheint Fabrikinspektor Dr. Fridolin Schuler, außerdem lassen sich sieben kantonale Regierungen und die Stadt Zürich auf demselben offiziell vertreten. Der Nationalität nach sind unter den Delegirten 186 Schweizer, 50 Deutsche, 22 Franzosen, 13 Oesterreicher, je 12 Belgier und Engländer, 8 Italiener, je 2 Polen, Holländer, Ungarn und Luxemburger, je ein Spanier und Schwede. Von den Gästen sind 30 Deutsche, 10 Oesterreicher, 4 Franzosen und 3 Engländer.

Mit dem lebhaftesten Interesse werden alle, die für praktische Sozialpolitik Sympathie und Verständnis haben, den

Verhandlungen des Kongresses folgen. Der Zusammentritt des Kongresses allein ist ein scharfer Protest gegen die Politik der Stumm, Reffiquier und Genossen. Wir wünschen diesen ersten Versuch eines Zusammenwirkens aller Industrie-Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen und sonstigen Differenzen besten Erfolg. Wir wissen wohl, daß dieses gemeinsame Zusammenwirken der Arbeiter nur auf engem Gebiete möglich ist. Nachdem sich unsere Partei nach reiflicher Ueberlegung zur Beschickung dieses internationalen Kongresses entschlossen hatte, werden unsere Vertreter in vollster Loyalität und mit weitestgehendem Entgegenkommen zu einer einmüthigen Beschlußfassung beizutragen bemüht sein. Wir sind begierig, wie weit die nicht-sozialdemokratischen Delegirten von dem gleichen Geiste erfüllt sein werden.

„Polizeilicher Nachsicht“ sollen sich angeblich in Preußen die anarchistischen Vereine und Versammlungen erfreuen. Dieser Schluß wird aus dem Umstande gezogen, daß die Scharfmacher-Organe, zu Gunsten der Umsturzgeschgebung behaupten, daß Versammlungen nicht aufgelöst und Vereine nicht verboten werden könnten, auch wenn anarchistische Umsturzbestrebungen darin in einer die Sicherheit gefährdenden Weise zu Tage träten, während die „Magdeb. Zig.“ demgegenüber mit Recht auf die §§ 2 und 5 des Vereins- und Versammlungsgesetzes hinweist, aus denen sich die Ermächtigung der Behörden ergibt, gegen Vereine einzuschreiten, die nach ihren Statuten strafbare Zwecke verfolgen. Wenn die Polizei gegenüber den anarchistischen Vereinen von dem bestehenden Gesetz nicht mehr Gebrauch gemacht hat, so hat das an der Nachsicht der Behörden, nicht aber an dem Gesetze gelegen.

Aus diesem letzten Satze der Magdeburgerin wird nun von mehreren Blättern der eingangs zitierte Schluß gezogen. Wir müssen gestehen, daß uns von einer besonderen Nachsicht der Polizei gegen die Anarchisten nicht bekannt ist, im Gegentheil, wir haben die Empfindung, daß eine ganze Reihe politischer Maßnahmen besonders auch solche gegen die sogenannte anarchistische Presse, sich im Gesetze nicht begründen lassen, in welcher Ausnahme wir durch die zahlreichen gerichtlichen Aufhebungen politischer Beschlagnahmen u. a. bekräftigt werden.

Wenn die Organe des Herrn v. Stumm in nur zu durchsichtiger Absicht, die Mähr verbreiten, unter dem jetzigen Vereins- und Versammlungsrecht könne die Propaganda der That, das heißt, in schlichtes Deutsch übersetzt, Mord, Raub und Diebstahl in den Versammlungen gepredigt werden, ohne daß die Polizei einschreiten könne, so ist es einfach albern, darauf mit einem Gejammer über die „Nachsicht der Polizei“ gegenüber den Anarchisten zu antworten. Wir wollen das Vereins- und Versammlungsrecht für uns und für alle gewahrt wissen und deshalb halten wir es für grundverkehrt, die giftigsten Gegner dieses Rechts in ihren Bestrebungen gegen dasselbe dadurch zu unterstützen, daß man ihnen zugiebt, dieses Recht werde von irgend einer Seite grundhäßig mißbraucht. Wer so handelt, wirkt, wenn auch unbewußt, im Sinne des Herrn v. Stumm und seiner Genossen.

Zur Abwehr des Anarchismus. Der Madrider „Imperial“ schreibt: „Trotz der Fälle von anti-anarchistischen Artikeln, die in den letzten Tagen in der europäischen Presse veröffentlicht wurden, ist die Herstellung eines „europäischen Kongresses“ zur Unterdrückung des Anarchismus augenblicklich nicht wahrscheinlich. Die spanische Regierung hat bereits in Abrede gestellt, daß sie die Initiative zu einer solchen Uebereinkunft ergriffen habe, obwohl sie natürlich gern wäre, das „Kongress“ zu fördern. Die italienische Regierung befindet sich, nach den Erklärungen des Marquis von Rudini, in derselben Lage. Die anderen Mächte aber, besonders die tonangebenden, lehnen es entschieden ab, die Initiative zu ergreifen, da sie einen Mißerfolg fürchten, wie es bei ähnlichen Versuchen, die nach der Ermordung Carnot's unternommen wurden, der Fall war. Damals legte England der gemeinsamen Aktion der Mächte zur Bekämpfung des Anarchismus so viele Hindernisse in den Weg, daß seine Haltung einer direkten Ablehnung gleich. Auch andere Nationen machten Schwierigkeiten, weil sie ihre Anarchistengesetze nicht so ändern konnten, daß sie mit den betreffenden Gegnern aller übrigen Länder übereinstimmten. Trotz dieser Lage der Dinge ergreift man überall Mittel, um die Einwanderung aus Spanien kommender Anarchisten zu verhindern. Dieser Bewegung gegen den Anarchismus haben sich jetzt auch die Vereinigten Staaten angeschlossen.“

Deutsches Reich.

Wieder ein Unfall unserer Kriegsmarine. Der Menschenleben gekostet hat. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ist vor Neufahrwasser die Barkasse „Weißenburg“ von dem Torpedo-Divisionsboot „D 1“ gerammt und gesunken, wobei der Matrose Ewert und der Oberheizer Savallisch von der „Weißenburg“ ertrunken sind.

In der preussischen Gesessamlung werden das Gesetz betreffend Abänderung der hinsichtlich der Jagd auf Wasservögel für Ostpreußen geltenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie die Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau publizirt.

Aufgehoben, noch ehe sie in Kraft getreten, ist die vor zwei Tagen im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Verfügung des Regierungspräsidenten zu Königsberg, durch die zum Zwecke der Verhütung der Verbreitung von Cholera eine dreitägige Quarantäne gegen aus Rußland eingeführtes Handelsgeflügel angeordnet wurde.

Eine Ordensauszeichnung, die die Agrarier verschmähen wird, ist die heute vom „Reichs-Anzeiger“ gemeldete Verleihung des Rothen Adlerordens an den Geheimrath und Direktor der landwirtschaftlichen Akademie zu Poppelendorf, Freiherrn v. d. Goltz. Derselbe hat erst vor wenigen Wochen anlässlich der

Zubehöler der Akademie eine viel bemerkte Rede gegen das wüste Treiben der Leute vom Bunde der Landwirthe gehalten.

Die Deutsche Tageszeitung soll Mitte Septemder ein Junges bekommen. Auf der Welt ist es zwar noch nicht, aber einen Namen hat es schon. Der Berliner Blatt wird der Dreifachhohed heißen, den man dem kleinen Landmann, dem kleinen Handwerker, dem kleinen Kaufmann der Provinz wöchentlich viermal vorsetzen will. Der Titel ist natürlich mit einer Hinterabicht so gewählt. Er soll die politisch Unschuldigsten auf dem Lande anlocken. Hat man sie erst, dann wird man ihnen schon die Agrarierweisheit eintrichten. So meint man. Der junge Schreibsal wird vier Pathen haben: a) Den Bund der Landwirthe. b) Den Buchdruckerbesitzer Hagenstein. c) Den Direktor der Alliengeellschaft, Deutsche Tageszeitung, Felix Telge. Dieser Herr hat bekanntlich im vorigen Jahre auch die famose Zeitschrift für die vornehme Welt, Hygg-Life gegründet. d) Die Deutsche Tageszeitung. Damit die Sache besser klappt, hat man sich zu einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung zusammengethan. Der Abonnementspreis des Blattes ist so niedrig, daß es unmöglich einen selbständigen Satz haben kann. So wird es denn ein für den Mittelstand zurechtgemachter Abklatsch der Deutschen Tageszeitung sein. Angenehmlich haben die kommenden Reichstagswahlen diese Blattgründung veranlaßt. Die Agrarier, denen der Boden unter den Füßen bröckelt, wagen die letzten Beitragsgrößen der Bundesbrüder und die „Aktiven“ der Deutschen Tageszeitung, um im nächsten Jahre nicht völlig überarmut zu werden. Ob dem Kind ein längeres Leben beschieden sein wird? Vor ihm war die „Volks-Mundschau“. Sie hat ein rasendes Geld gekostet. Und als noch kein Jahr vergangen war, war sie hin. Nun, bis zu den Wahlen ist ja noch eine Weile hin. Vorkünftig geht die Genossenschaft mit beschränkter Haftung Inzerate fischen.

Schoof klagt. Er will kein Cheloser sein, der Landtagsabgeordnete Schoof, der für das kleine Umsturzgesetz stimmte. Bekanntlich hatte seinerzeit ein nationalliberales Blatt geschrieben, daß ehelos jeder Nationalliberale sei, der seine Stimme für das vom Herrenhaus zurechtgestutzte Vereinsgesetz abgebe. Dies hatte dem nationalliberalen Abgeordneten Schoof nicht abgehalten, in seinem Wahlkreise Resolutionen zu gunsten des reaktionären Vereinsgesetzes anzunehmen zu lassen. Daraus beschästigte sich natürlich die Presse mit Schoof und im „Proletariat“ aus dem Gulgengebirge wurde Schoof als der Erste, der — nach der nationalliberalen Presse — Cheloser bezeichnet. Dies hat dem Schoof so gekränkt, daß er gegen den Redakteur des genannten Blattes, Genossen Feldmann in Langenbielau, Strafantrag wegen Verleumdung gestellt hat. Die Staatsanwaltschaft nahm sich auch seiner an und so wird dem Gekränkten nächstens vom Gericht die Anerkennung werden, daß er kein Cheloser ist.

Ufer kleines Parteiblatt in Langenbielau scheint als Klageobjekt besonders beliebt zu sein. Unlängst wurde es vom König Leopold und nun von Schoof beklagt. Viel Feind, viel Ehr!

Aus Puttkamer n. Zum Kapitel der Rechtsauffassung des Landrats v. Puttkamer zu Stolp bringt das freisinnige „D. Reichsbl.“ einen weiteren Beitrag. Der Landrat hatte die Beschwerde eines Kreisangehörigen gegen die von dem Amtsvorsteher Rittergutsbesitzer Lieutenant der Reserve v. Böhm verhängten Strafen unterm 28. Mai d. J. mit dem Bescheid zurückgewiesen.

Die Beschwerde sei erstens verspätet eingereicht, sodann habe aber auch in sachlicher Hinsicht der Amtsvorsteher v. Böhm vollkommen richtig und in den Grenzen seiner Zuständigkeit gehandelt.

Auf die beim Landgericht zu Stolp eingelegte Berufung entschied dieses aber am 9. Juli d. J.:

Der Angeklagte Schmidemeister Wegener habe lediglich von einem ihm zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, seine Angaben seien wahrheitsgemäß und er habe sich bei Wahrnehmung dieses seines guten Rechtes auch keineswegs strafbar gemacht; der Angeklagte sei deshalb freizusprechen.

So was genirt einen richtigen Puttkamer nicht.

Für die Nothstandsgebiete. Auf Veranlassung des Staatssekretärs des Innern sind sämtliche Reichsbankanstalten angewiesen worden, Geldspenden für die durch Unwetter geschädigten deutschen Bezirke anzunehmen und die eingegangenen Beträge an das Berliner Zentral-Komitee abzuführen.

Der Kultusminister hat Grundzüge zur Ausführung der Befolgungsaufbesserung für die mittleren und höheren einkommensbesessenen Beamten in der Kultusverwaltung aufstellen und sämtlichen zum Geschäftsbereich der letzteren gehörenden Behörden, welche Befolgungen für diese Beamten anzuweisen haben, einschließl. der Verfügungen aufstellen lassen. Wegen Ausführung der Befolgungsaufbesserung für die Professoren an den Universitäten sowie für die Leiter und Lehrer an den vom Staate zu unterhaltenden Lehranstalten ergehen besondere Bestimmungen.

Vom Nord-Ostsee-Kanal. Nach einer kleinen Zusammenstellung über die Benutzung und die Einnahmen des Kanals gegenüber den Schätzungen der Regierung vor Eröffnung des Kanals in der „Nord-Ostseezeitung“ ergibt sich, daß die Hoffnungen, die man in bezug auf Heranziehung eines regen Verkehrs durch den Kanal gesetzt hat, auch nicht im entferntesten bisher eingetroffen sind. Während man den Verkehr in den ersten Jahren auf mindestens 18 000 Schiffe von 5 500 000 M. R. Z., und die Einnahmen auf 4 125 000 M. geschätzt hatte, passierten im ersten Jahre 16 884, im zweiten Jahre 22 081 Schiffe den Kanal. Der Raummgehalt der Schiffe war im ersten Jahre 1 505 983, im zweiten Jahre 2 086 861 M. R. Z.

Die Einnahmen betragen im ersten Jahre 897 451 M., im zweiten Jahre 1 086 432 M.

Das heißt also, daß, während die Zahl der veranschlagten Schiffe im ersten Jahre fast erreicht war, ihr Raummgehalt jedoch um 72,5 pCt. hinter dem Vorschlag zurückgeblieben war und die Einnahmen um 79 pCt. Im zweiten Betriebsjahre hatte das Bild sich etwas zum Besseren verändert. Die Zahl der Schiffe überstieg den Vorschlag um 40,1, jedoch war der Raummgehalt immer noch um 63 pCt. und die Einnahmen um 73,5 pCt. hinter dem Vorschlag zurückgeblieben. Die überaus hohen Benutzungsgelühren dürften ungewisselt auf diesen so bedeutend kleineren Verkehr mit Schuld tragen und die herabgesetzten Sätze für die Benutzung des Kanals werden in vielen Kreisen noch jetzt als viel zu hohe angesehen. Ebenso dürften die zahlreichen Unglücksfälle im Kanal in den beiden Jahren noch manchen von der Benutzung abgehalten haben. In bezug auf die Unglücksfälle scheint jetzt eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein, da dieselben sich doch jetzt nicht mehr wöchentlich oder noch öfter wiederholen und man nur vereinzelt davon hört.

Das von den Vorschlägen so abweichende Resultat führt die „Nord-Ostsee-Zeitung“ in erster Linie auf die Benutzung des Kanals durch Segelschiffe und das Fehlen der größeren Dampfer zurück. Der Kanal wurde benutzt

	von Segelschiffen	von Dampfschiffen
1895/96	9503	7581
1896/97	13422	8659

Nun ist aber für den Kanal der Dampferverkehr der vortheilhafteste, denn von den 2 086 861 M. R. Z. im zweiten Betriebsjahre entfallen 1 532 692 M. R. Z. auf Dampfer und nur 553 173 M. R. Z. auf Segler. Auch in finanzieller Hinsicht ist der Dampferverkehr der günstigste, da 1896/97 die Dampfer 816 645 M. und die Segelschiffe nur 269 787 M. einbrachten. Von einer Rentabilität des Kanals kann also für absehbare Zeit noch keine Rede sein und es dürfte nicht sehr fraglich erscheinen, ob eine Servierfacung der Einnahmen, die zur Rentabilität zum mindesten nöthig ist, in zehn Jahren erreicht werden kann.

Zu dem Kapitel der ländlichen Arbeiterwohnungen, über welchen Gegenstand sich unser Leitartikel vom Dienstag verbreitete, wird der „Zeit“ von einem Landgeislichen geschrieben:

Meine Pfarre umfaßte vor einigen Jahren 18 Rittergüter und umschließt deren jetzt noch 8; da weiß ich aus eigener genauer Kenntnis, daß die obere Schicht der überaus engen und ungesunden Raumverhältnisse der Tagelöhnerwohnungen auf Wahrheit beruht, und ferner, daß die Armut und Beschränktheit der Wohnungen eine Menge sittlicher Schäden und Gefahren im Gefolge hat. Ebenso aber umfaßte meine Pfarre vor kurzer Zeit auch ebenso viele, zum Theil mit den Gütegemeinden eine Ortschaft bildende, Dorfgemeinden — jetzt noch deren 7 — und da weiß ich gleichfalls aus eigener Kenntnis, daß die Wohnungen der bäuerlichen Besitzer, die 40 bis 90 und 100 Morgen ihr eigen nennen, zum größten Theil um nichts besser sind als die Wohnungen der Tagelöhner.

Das wirft allerdings ein sehr schlechtes Licht auf die vieldespreizene Lage der selbständigen Bauern. — Ein anderer Pfarver schreibt dem „Reichsboten“ über die menschenwürdigen Ställe, in denen die Wanderarbeiter untergebracht werden:

Nun sollen freilich polizeiliche Revisionen stattfinden. Davon habe ich noch nichts gemerkt. Aber wenn auch, worauf werden sich dieselben beziehen? Doch wohl nur darauf, ob die Räume in gesundheitlicher oder feuergefährlicher Beziehung sicher sind. Ob auch in sittlicher? Das bezweifle ich. Und was führt diese Revisionen an? Doch wohl nur der Amtsvorsteher, der in den meisten Fällen der interessirte Arbeitergeber ist, oder dessen Polizeidiener. Diese Revisionen sind also für unsere Frage völlig belanglos. Jeder Geistliche, jedes Mitglied des Gemeindekirchenraths ist amtlich verpflichtet, auf solche Uebelstände sein Augenmerk zu richten. Leider besteht gerade um dieser Frage willen an vielen Orten eine große Spannung zwischen Geistlichkeit und Grobgrundbesitz bzw. Beamtenstand.

Solche Verhältnisse sind es aber gerade, aus denen die Sozialdemokratie vielerorts ihre Stärke zieht. Die Besitzer wollen die Wahrheit nicht gesagt haben, die Pastoren und dergleichen Leute dürfen sie nicht sagen, und die Sozialdemokraten sagen sie, — unbekümmert um Menschengunst und -Haß. Darum stiegen ihr auch auf dem Lande die Herzen der Arbeiter in stetig wachsender Zahl entgegen.

Die Gnadengesuche von acht Bonner Korpsstudenten, die wegen Mordtaten zu drei Monaten Festung verurtheilt waren, sind abgelehnt worden.

Es giebt noch Richter in Dortmund. Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Westf. Arbeiter-Ztg.“: Während das preussische Kammergericht die einzelnen Zahlstellen des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes mit dem Sitz in Bochum jedes als besonderen Verein deklarirt hat, die verpflichtet seien, ihre Mitgliederverzeichnisse der Behörde einzureichen, ist unser Schöffengericht zu einem anderen Urtheil gekommen. Die vor kurzen in Bracht gegründete Zahlstelle des Verbandes war der Aufforderung, ihre Mitgliederliste einzureichen, nicht nachgekommen, weshalb der Vertrauensmann der Zahlstelle in Polizeistraf genommen worden ist. Derselbe hatte jedoch richterliche Entscheidung beantragt. Im gestrigen Termine beantragte der Amtsanwalt, gestützt auf die Entscheidung des Kammergerichts, die Verhaftung des Angeklagten. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung. Das Gesetz spricht davon, daß die Vorsteher der Vereine die Einreichung des Verzeichnisses zu besorgen hätten, der Angeklagte sei aber kein Vorsteher, sondern nur Vertrauensmann. Wenn die Polizei ein Verzeichniß der Mitglieder haben wollte, so hätte sie sich an den Vereinsvorstand in Bochum wenden sollen. Der gegenwärtigen Entscheidung des Kammergerichts habe sich das Schöffengericht nicht anschließen können. Das Vereins- und Versammlungsrecht sei obnehin schlecht genug, man brauche es nicht noch schlechter zu machen.

Also die Universität Breslau ist, wenigstens nach einer Meldung des „Hamb. Corr.“, so glücklich, Professor Wolf in ihren Lehrkörper aufnehmen zu müssen. Herr Wolf tritt dort an die Stelle des früheren Professors Ellier, der vor kurzem als Dezerent für die Universitäts-Angellegenheiten in das preussische Unterrichtsministerium berufen wurde. Die Berufung wird doppelt pikant dadurch, daß Herr Ellier, der wohl für diese Berufung die Verantwortung zu tragen hat, als Redakteur des literarischen Theiles des Conrad'schen Jahrbuches, Professor Singer's vernichtende Kritik des Wolf'schen Hauptwerkes publizirt hat. Weiter ist interessant, daß Herr Julius Wolf an der Seite des Professors Sombart zu lehren haben wird, desselben Sombart, der die unsere Lesern auch bekannte Kritik des Wolf'schen Buches gegen die Sozialdemokratie im „Archiv für soziale Befehung“ veröffentlicht hat und der als der beste Marx-Kenner unter den deutschen Professoren gilt.

Leipzig, 20. August. Die Meldung der „Allg. Ztg.“, daß in Sachen eine stänke Kreishauptmannschaft durch Theilung des Zwickauer Kreises errichtet werden solle, ist nach dem vom „Leipz. Tagebl.“ angestellten Ermittlungen unzutreffend.

Dresden, 21. August. (Sig. Ber.) Die Umsatzensteuer wurde und wird von den sächsischen Mittelstandskreisen nicht nur als ein „großes“, sondern auch als ein „gerechtes“ Mittel zur Wahrung der Interessen der Kleinräumer angesehen. Zumal, wenn diese famose Einrichtung sich gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine lehrt. Und wie ausschließlich man letztere als Besteuerungsobjekte im Auge hat, das geht recht augenfällig aus dem letzten Jahresbericht der Handels- und Gewerbestammer, Bezirk Dresden, hervor. Bekanntlich haben sich diese sächsischen Kammern seinerzeit nicht wenig, wenn auch nicht immer direkt, für die Umsatzensteuer ins Zeug gesetzt. Jetzt scheint man in diesen Körperschaften anderer Meinung zu sein. Ein paar Aktiengesellschaften haben Bäum geschlagen, und sie „protestiren“ dagegen, daß man in Sachen beabsichtigt, nicht nur von den Aktiengesellschaften als solchen, sondern auch von den Gewinnantheilern der einzelnen Mitglieder staatliche Einkommen- und Kommunalsteuern zu erheben. Man sieht, dieses Verfahren kommt ganz genau auf dasselbe hinaus, was man durch die Umsatzensteuer den Konsumvereinen gegenüber thut. Im Effect hat die Sache nur den Unterschied, daß im letzteren Falle die fast durchgängig armen Mitglieder der Konsumvereine getroffen werden, während andererseits die Aktionäre dieser oder jener Unternehmungen in der Regel schwerkere, oder doch wohlhabende Leute sind. Die Dresdener Handels- und Gewerbestammer will nun auf den „Nothbehelf“ der Aktionäre hin Gelegenheit nehmen, die beabsichtigte Doppelbesteuerung zu untersuchen, und eventuell an maßgebender Stelle Bericht zu erstatten. Das heißt etwas klarer ausgedrückt: man ist gewillt, bei der Regierung die Interessen der großen Unternehmungen zu vertreten! Das ist einfach Standpaß, wenn man sich vergegenwärtigt, wie seinerzeit alle Einmäunde der Konsumvereine gegen die ihnen gegenüber geplante Doppelbesteuerung gerade von dieser Seite zurückgewiesen wurden. Dem armen Arbeiter, der sich als Mitglied eines Konsumvereins in Form einer unbedeutenden jährlichen Dividende einen kleinen, ihm so notwendigen materiellen Vortheil verschaffen will, für den soll diese selbe Doppelbesteuerung, die man den reichen Aktionären nicht auferlegen will, am Plage sein.

Wenn jetzt den, den Handels- und Gewerbestammern als Mitglieder — allerdings nur in winziger Zahl — angehörenden Kleinrentnerbetreibenden die Augen noch nicht aufgehen, so ist den Leuten absolet nicht mehr zu helfen.

In Chemnitz sind, wie berichtet wird, die von unseren Parteigenossen zur Unterstützung der Ueberschwemmten herausgegebenen Sammellisten von der Polizei beschlagnahmt worden.

Gegen die Steuern wendet sich eine Eingabe des Bäckerinnungs-Verbandes „Saxonia“ an die sächsische Regierung, die fordert, daß die namentlich zu gunsten der armeren sächsischen Bevölkerung bestehende Zollfreiheit kleinerer Mengen Mehl und Backwerk, die von Böhmen über

die Grenze gebracht werden, aufgehoben werden soll. Die von der Regierung um ihr Urtheil angegangene Chemnitzer Handelskammer hat jedoch betont, daß die Aufhebung jener Zollfreiheit sich nicht empfehle. Die Aufhebung der Vergünstigung, sich billige Lebensmittel zu verschaffen, werde unter der armeren sächsischen Grenzbevölkerung eine tiefe Mißstimmung hervorrufen und jedenfalls würden die Grenzbevölkerung dann beschaffen, sich wohlfeile Nahrung durch Zollhinterziehung zu verschaffen. Wenn auch einzelnen Gewerben durch die Zollfreiheit des sogenannten Drei-Rilo-Verkehrs in Mehl zc. einiger Schaden verursacht werde, so könne doch der Nutzen, den jene Gewerbe von der Aufhebung der Zollfreiheit hätten, nicht im Entschiedensten die Nachteile aufwiegen, die der Grenzbevölkerung daraus erwachsen würden.

Selbst den Bissen billiges Brot vergönnen diese Herren des sogenannten Mittelstandes den armen Tauseln von Arbeitern nicht. Und diese Gesellschaft verlangt, daß ihnen die Arbeiter eventuell Steuerfolge leisten.

In einem Gutachten über die Revision der Seemanns-Ordnung wendet sich der Verein Hamburger Rheder, wie das selbstverständlich ist, gegen die sozialdemokratischen Anträge zu gunsten eines größeren Schutzes der Seeleute gegen schrankenlose Willkür und Ausbeutung seitens der Rheder und deren Kapitäne. Es heißt in dem Gutachten wörtlich: „Der Seemann hat in gewöhnlichen Verhältnissen nicht über zu viele Arbeit zu tragen. Das Nachgeben gegenüber den ungerechtfertigten sozialdemokratischen Forderungen nach Verringerung der Arbeit würde in wirtschaftlicher, wie sozialer Beziehung gleich bedenklich sein.“ Auch die Vorschläge des Reichsanlages des Juncus werden größtentheils bekämpft. Es heißt bezüglich derselben in dem Berichte des Rhedervereins: „Alle diese Vorschläge bekunden das Mißtrauen gegen die deutschen Rheder, daß sie ihre Leute rücksichtslos ausbeuten. Gegen dieses durchaus unbegründete Mißtrauen muß im Interesse der deutschen Rhederei nachdrücklich Verwahrung eingelegt werden.“ — Diese „sittliche Entrüstung“ kann angesichts der offen zu Tage tretenden Ausbeutungswuth der Rheder nur komisch wirken.

Die Zahl der Schankstellen der Konsumvereine soll, wie die „Verl. Pol. Nachr.“ angeben, seit dem Inkrafttreten der Novelle zur Gewerbeordnung (1. Januar 1897) erheblich zurückgegangen sein, wenigstens trifft das für Essig-Vertränke zu. Die Novelle bestimmt bekanntlich, daß die Branntweinschankstellen der Konsumvereine ebenfalls, wie die öffentlichen Gastwirtschaften, der Konzeptionspflicht unterworfen sind. Von amtlicher Stelle wird nun auf Essig-Vertränken gemeldet, daß, während am 1. Oktober 1896 noch 253 Schankstellen bei Konsumvereinen im Lande bestanden, die Zahl am 1. Juli d. J. auf 71 herabgegangen war.

Wien, 21. August. Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, hat Graf Oswald Thun die Einladung des Grafen Babani zu der für den 26. d. M. abzunehmenden Konferenz dahin beantwortet, daß er dieser Konferenz beiwohnen werde.

Die Zeitungen melden, daß die Bezirkshauptmannschaft von Asch die Abhaltung eines deutsch-nationalen Volkstages unter freiem Himmel in Asch für morgen, Sonntag, den 22. d. M., verboten, gleichzeitig aber erklärt habe, sie werde eine eventuell zwei Versammlungen in geschlossenen Räumen genehmigen. Daraus wurden zwei geschlossene Versammlungen für morgen angemeldet.

Wissen, 21. August. Um weiteren nationalen Exzessen vorzubeugen, hat die Regierung die umfassendsten Sicherheitsvorkehrungen verfügt. Die ganze Garnison ist konzentriert worden, die deutschen Behände werden polizeilich bewacht, das Tragen nationaler Abzeichen ist streng verboten.

Friedensdemonstration in Prag. Unser Prager Bruderorgan „Pravo“ veröffentlicht betreffs der beschlossenen Friedensdemonstration in Prag folgenden Aufruf:

An das arbeitende Volk und alle sozialdemokratischen Organisationen in Böhmen! Gemäß dem Beschlusse des Exekutivkomitees der tschechoslawischen Sozialdemokratie und im Einvernehmen mit den central-böhmischen Organisationen und den deutschen Genossen in ganz Böhmen wird am 4. und 5. September l. J. ein Protestkongreß der sozialdemokratischen Organisationen gegen die gegenwärtige nationale Verhöhnung abgehalten werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter beider Volkstämme in Böhmen werden in diesen Tagen ihre Stimmen erheben zum Schutze der Menschlichkeit und der angeborenen Menschenrechte.

Am 4. September treten die Delegirten zusammen, um die Taktik gegen die Nationalitätenverheerung festzusetzen, und am 5. September wird auf der Schänzeninsel eine große Arbeiterversammlung stattfinden, wo in tschechischer und deutscher Sprache Reden gehalten werden. Nach der Versammlung marschiren die Theilnehmer im Zuge durch die Straßen Prags. Nachmittags ist auf der Schänzeninsel große Friedensfeier der Arbeiter zu gunsten des neuen tschechischen sozialdemokratischen Tagesblattes.

Schweiz.

Bern, 19. August. (Sig. Ber.) Die nationalrätliche Kommission für die Eisenbahn-Verstaatlichung, welche vorige Woche in dem schönen Interlaken tagte, um da das Schöne mit dem Politischen zu verbinden, hat eigentlich im großen ganzen an der Vorlage, wie sie der Ständerath gefallt hat, keine einschneidenden Veränderungen vorgenommen. Je nach dem Parteistandpunkte gegenüber der ganzen Frage bedenten die beschlossenen Änderungen Verbesserungen oder Verschlechterungen. Eine Verbesserung ist es entschieden, daß der Verkauf der Eisenbahnen durch Ausgabe von Obligationen zur Umwandlung mit den Aktien geschehen könne und daß Ueberschüsse der Bundesbahnen nicht bloß so im allgemeinen für Erhebung und Erleichterung des Verkehrs, sondern speziell zur Herabsetzung der Personen- und Gütertarife, sowie für Erweiterung des schweizerischen Eisenbahnnetzes Verwendung finden sollen. Die Kreis-Eisenbahnräthe wurden in Kreis-Verwaltungsräthe umgewandelt. Die Kreisdirektionen sollen ohne Mitwirkung eines anderen Organs vom Bundesrathe gewählt werden. Die mit dem Sitze in Bern beschlossene Generaldirektion hat zu gunsten der Kreisdirektionen auf einige Befugnisse verzichtet müssen. Die Kommission hat sodann eine Reihe von Anträgen und Anregungen über die Kompetenzaufhebungen und andere Detailspunkte an den Bundesrathe gewiesen, desgleichen ein Posulat Curti über die Einbeziehung weiterer Bahnen in die Verstaatlichungsaktion und ein weiteres Posulat Curti betreffend eine Eisenbahnverbindung mit dem Engadin und engere Verbindungen mit Italien und Oesterreich. Die ultramontanen Mitglieder der Kommission waren wie schon im Ständerath getheilte Meinung. So stimmten zwei aus den kantonalen Freiburg und Valais überhaupt gegen die Verstaatlichung, die andern jedoch dafür. Der Genere Vertreter sprach auch wieder von der anhängigen Bezahlung der zu verstaatlichenden Bahnen, was immer auf ein Gesammt von 50 bis 100 Millionen an den Taschen des Volkes an die Aktionäre hinanstößt. — Sehr unzufrieden ist der „St. Galler Stadt-Anzeiger“ mit der Uebertragung aller wichtigen Kompetenzen an den Bundesrathe, so auch der direkten oder indirekten Wahl aller Eisenbahnbeamten und -Angestellten und ferner mit der Ablehnung der Forderung, dem Personal im Verwaltungsrath eine beratende Stimme zu gewähren. „Der Zentralismus der Kommission“ mehrentheil zeigt einen stark bürokratischen Geisteshauch“, sagt das Blatt weiter, „und statt, daß die Vorlage nun eine Organisation schafft, mit welcher alle Parteien des Landes zufrieden sein können, wird sie die Vorwürfe erheben, die den Willkürartikeln, dem Bankgesetz, dem Gesundheitsgesetz und anderen Vorlagen, welche an der Referendumsliste scheiterten, gemacht worden sind.“ Die Kommission hält am 15. September, vor Eröffnung der Bundesversammlung, noch eine Sitzung ab. Man darf darauf mit Interesse gespannt sein, in welcher Gestalt die Eisenbahn-Verstaatlichungs-Vorlage aus dem Nationalrathe hervorgehen wird. Er wird sowohl an die Demokraten und Sozialisten, wie an das Bahnpersonal noch Konzeptionen

machen müssen, wenn nicht die ganze große Aktion ausgehen soll wie das Hornberger Schieschen.

Österreich, 19. August. (Eig. Ber.) Im Ranton Baselland findet am 20. August eine Volksabstimmung über zwei Gesetzesvorlagen statt, die in etwas anderer Gestalt schon mehrmals vom Referendum verschlungen worden sind. Das eine Gesetz bezweckt die Verbesserung des von 1855 datierten Schulgesetzes, das zwar eine gründliche Revision und Verbesserung nötig hätte, die jedoch angesichts des Referendums nicht gewagt wird. Das vorliegende Gesetz greift daher nur einen Punkt aus vielen heraus, nämlich die Schulverfassungen, und will in dieser Beziehung dadurch Besserung bewirken, daß die straffreien Absenzen von 8 auf 2 reduziert werden. Die zweite Gesetzesvorlage will einen ständigen, juristisch gebildeten Obergerichtspräsidenten mit einem Jahresgehalt von 3500 Fr. —

Frankreich.

Die Demission des Marineministers wird in einem Teile der französischen Presse wegen des Unfalls des Kriegsschiffes „Veruz“ gefordert. —

Das französische System der Kolonialpolitik fand am den eben zu Brüssel stattfindenden ersten internationalen Kolonialkongress viel Beifall.

Der Franzose Galot besprach die Kolonisation Tonkins, er glaubt die Erfolge seiner Landstente darin würden verkannt. Die Kolonisierung der Länder der gelben Rasse müsse nach dem Anspruche des Confucius erfolgen: „Wenn Du das Volk regieren willst, so erwirb sein Vertrauen und seine Freundschaft; wenn nicht, so wirst Du die Herrschaft verlieren.“ De Vanehan habe danach gehandelt und große Erfolge erzielt. Der Lobpreis seines Landstentes führt den ehemaligen Gouverneur von Indo-China auf die Rednertribüne, um seine Grundsätze der Kolonisation mit Hilfe der Eingeborenen zu entwickeln. Mit diesem System, das die Rechte und Gewohnheiten der Eingeborenen schonte, hatte Frankreich Tonkin wieder hoch gebracht; der seit 1895 besetzte ständige Wechsel des Systems hat aber diese Erfolge wieder in Frage gestellt und hat die alten Schwierigkeiten wieder erstehen lassen.

Belgien.

Brüssel, 21. August. („Berliner Tagebl.“) Die Bestimmung des neuen Bürgerwehrgesetzes, welches auch den in Belgien lebenden Ausländern Bürgerwehrdienste aufzwingt, scheint zahlreiche diplomatische Konflikte hervorzurufen. Wie verlautet, riefen die englische und französische Kolonie bereits die Intervention ihrer Regierungen an. Auch die Deutschen werden sich dem Gesetze, welches das Völkerrrecht offenbar verletzt nicht unterwerfen. —

Dänemark.

Beabsichtigt die dänische Regierung einen Gewaltstreik? Dem „Evenska Dagbladet“, das in Kopenhagen gute Beziehungen zu haben pflegt, ist aus Kopenhagen u. a. geschrieben:

Die große Aussperrung der Maschinenarbeiter und ihre Folgen beschäftigen in hohem Grade die Öffentlichkeit, leider ist Grund vorhanden, zu befürchten, daß diese Folgen ernst genug werden können. Der Streit zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern ist nun aufs Äußerste getrieben und es ist nicht mehr die geringste Aussicht auf eine Ueberkunft im guten vorhanden. Mit jedem Tage, der vergeht, nimmt der Streit einen hitzigeren Charakter an und man nimmt es auf seiner Seite mit den Mitteln genau, die Stellung des Gegners zu erschweren.

Ich halte kürzlich eine lange Unterredung mit einem höheren Beamten der Kopenhagener Polizei, bei der aus Andeutungen hervorging, daß die Behörden mit größter Aufmerksamkeit den Verlauf des Streites verfolgen und daß die Polizei durch ihre geheimen Agenten sich genau von allem unterrichten läßt, was in den sozialistischen Fachvereinen vorgeht.

Die Polizei hält es für höchst wahrscheinlich, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis die Arbeitgeber im Maurer-, Zimmerer- und Tischlerfach allgemeine Aussperrung verhängen, um ihre Kollegen von der Maschinen- und Eisenindustrie zu unterstützen, und man fürchtet, daß die Arbeiter in diesem Falle nicht länger sich von ihren Vorständen in den Fachvereinen werden leiten lassen. Diese Vorstände haben sich einen außerordentlichen Einfluß auf die Mitglieder angeeignet und wollen denselben natürlich nicht verlieren. Sie treten daher mit einer gewissen Vorsicht auf und ermahnen die Arbeiter unaufhörlich, unter keinen Umständen sich zu Gewaltthaten hinreissen zu lassen. Es ist aber eine große Frage (?), ob sie die Zeitung behalten können, wenn eine allgemeine Aussperrung Thatfache wird, durch die tausende von Arbeitern die schon große Zahl der Arbeitslosen vermehren würden.

Es ist klar, daß die Arbeiter im Fall einer allgemeinen Aussperrung sich nur Hoffnung auf geringe Unterstützung aus der Kriegskasse der sozialistischen Fachvereine machen könnten, und es liegt dann nahe, zu befürchten, daß sie in ihrer Verzweiflung verschlagen werden, durch Drohungen und Gewaltthaten eine Entscheidung herbeizuführen. (Das heißt also die Behörde!)

Unsere Behörden setzen dies voraus! (1) Und ich bin in der Lage, zu erklären, daß sie entschlossen sind, mit Energie und ohne das geringste Zögern gegen jeden Versuch, die allgemeine Ordnung zu stören, aufzutreten. Es ist vorauszu sehen, daß die Regierung sich nicht einen Augenblick bedenken wird, ein provisorisches Gesetz zu erlassen, durch das sämtliche sozialistischen Fachvereine, als für die allgemeine Ruhe und Ordnung gefährlich, aufgelöst werden. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß der Forderung sich weigern wird, dieses Gesetz anzunehmen, aber es ist unzweifelhaft, daß der Landesherr es billigen wird, und nach der aus der Konfliktzeit geltenden Praxis bleibt ein provisorisches Gesetz in Kraft, so lange nicht alle Regierungsfaktoren über seine Aufhebung einig sind. (Eine „Praxis“, die eben einen Verfassungsbruch bedeutet!)

Sollte es zu gewaltsamen Auftritten kommen, (2) würde die Regierung nicht davor zurückschrecken, den Belagerungszustand zu proklamieren, was unter anderem eine augenblickliche Unterdrückung des Kopenhagener Organs „Socialdemokraten“, des größten und verbreitetsten aller dänischen Blätter, zur Folge haben würde.

Das, was ich hier mittheile, enthält keine Uebertreibungen, wie ich ausdrücklich hervorheben will für diejenigen, die vielleicht denken könnten, daß eine lebhaftere Phantasie mir hierbei geblieben hat. Wir referieren über diesen Zeitungsartikel selbstverständlich, ohne für die Richtigkeit des Mitgetheilten eine Gewähr zu übernehmen. Daß man der dänischen Regierung derartige verbrecherische Pläne zumuthen darf, ist freilich richtig. —

Spanien.

Madrid, 20. August. (Zur Anarchistenfrage.) Der Oberstaatsanwalt am obersten Gerichtshof zu Madrid richtete an alle Staatsanwaltschaften des Königreichs einen längeren Rundschreiben, welches gegen die anarchische Propaganda die denkbar schärfsten gerichtlichen Maßnahmen anordnet. Der Erlaß legt die Bestimmungen der in den Jahren 1863, 1894 und 1896 erlassenen Ausnahme Gesetze gegen die Anarchisten dahin aus, daß mit Zucht- haus nicht unter zwei Jahren derjenige zu bestrafen sei, welcher über anarchische Umtriebe derart berichtet, daß der Leser darin die Aufmunterung zu ähnlichen Handlungen entnehmen könne. Der gleichen Strafe verfallen derjenige, der sich bemühe, eine anarchische Unthat ihres Charakters als eines gemeinen Verbrechens zu entkleiden oder die Person eines anarchischen Verbrechens als eine menschlich sympathische zu schildern. Die Staatsanwälte sollen daher in ihren Amtsbezirken die Presse aller Parteien präventiv auf schärfste überwachen und das sofortige Einschreiten in jedem Falle veranlassen. Das gerichtliche Verfahren dürfe dabei keinerlei Verzögerung

erleiden, und seien die Prozesse gegen Anarchisten und die ihre Propaganda unterstützende Presse allen übrigen Prozessen voranzustellen.

Durch königlichen Erlaß wurden sodann die nach dem Anarchistengesetz zulässigen Ausnahmebefugnisse der Polizeibehörden auf alle Provinzen des Staates ausgedehnt. Diefelben besagen, daß ohne jede richterliche Entscheidung alle anarchischen Druckschriften beschlagnahmt, die anarchischen Vereine und Gesellschaften aufgelöst und die Verbreiter anarchischer Lehren des Landes verwiesen werden können, ohne daß gegen solche Polizeimaßnahmen eine Berufung zulässig ist.

Und was dann, wenn trotzdem wieder ein anarchisches Verbrechen verübt wird? Welche Verschärfungen dieses geriaten Systems wird man dann erfinden? Dann wird wohl Stimm um Rath gefragt werden. Anderes dürfte nicht übrig bleiben. —

Madrid, 21. August. Zu der gestern erfolgten Hinrichtung des Mörders Canovas werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Bis zum letzten Augenblick blieb Angiolillo vollständig gefaßt; er verweigerte den geistlichen Beistand und wiederholte, daß er keine Mitschuldigen habe, sondern daß er aus eigenem Antriebe gehandelt. Sein Tod werde gerächt werden. —

San Sebastian, 21. August. Der Ministerpräsident Azcarra begab sich, die Korste für den November einzuberufen. Azcarra stimmt hinsichtlich der kubanischen Frage mit dem General Weyler im Prinzip überein, behält sich aber Aktionsfreiheit vor, um später die kubanische Angelegenheit eingehend zu prüfen. —

Türkei.

Ein neuer Streitfall zwischen den türkischen Behörden auf Kreta und den Admiralen. Ueber Athen erhält die „Int. Corr.“ folgende Drahtmeldung aus Kanea: Nachdem bereits betreffs Einsetzung eines ständigen Gerichtshofes in Kanea ein erster Konflikt zwischen Dschewad Pascha und den Admiralen ausgebrochen ist, hat Admiral Canavaro dem türkischen Gouverneur nunmehr auch die schriftliche Erklärung übersandt, daß derselbe nicht bezeugt sei, die bisherigen Zollsätze zu erhöhen, und daß alle Verbrauchsgegenstände für die europäischen Befahungen zollfrei einzulassen seien. Jeden Versuch Dschewad's, das bisherige Verhältnis zu gunsten der türkischen Verwaltungsverhältnisse zu ändern, werde Canavaro durch Gewalt verweigern; nöthigenfalls würden die Admirale die gesammte Zollerhebung europäischen Beamten übertragen.

Weiterhin wird aus Kanea gemeldet: Admiral Canavaro richtete an den Kaimakan von Hierapetra die Aufforderung, binnen 8 Tagen die von Muhamedanern in Besitz genommenen Häuser der Stadt räumen zu lassen. Zugleich wurde ein italienisches Kriegsschiff nach Hierapetra entsandt, mit dem Befehl, daß nach Ablauf der achtstägigen Frist die christlichen Häuser durch italienische Soldaten mit Gewalt geräumt werden sollten. —

Äthien.

Verbot der Judenverfolgungen in Persien. Der persische Gesandte in London erhielt von seiner Regierung in Teheran die telegraphische Mittheilung, daß auf die eindringlichen Vorstellungen der Vertreter Englands und Frankreichs hin der Schah jede weitere Verfolgung der Juden in strengster Form verboten habe. Der bezügliche Erlaß ist an die Gouverneure gerichtet und bedroht jeden Beamten mit Amtsentsetzung, welcher die Juden zwingen würde, eine besondere Abkennung zu tragen, oder ihnen ihres Glaubens wegen eine höhere Steuer auferlegen würde. — Dieser Erlaß des Schahs leidet jedoch an dem Fehler, daß er an die falsche Adresse gerichtet ist. Die betreffenden Ausnahmegesetze gegen die Juden waren von dem persischen Scheik ul Islam, dem Oberhaupt der persischen Muhamedaner, erlassen worden, und ihre Hauptforderung ist die Zwangsbekehrung der Juden zum Islam. Die muhamedanische Gerechtigkeit in Persien aber ist von den Gouverneuren gänzlich unabhängig, so daß der Schah wohl erst den jüdenfeindlichen Erlaß des Oberpriesters in aller Form aufheben müßte, ehe an eine wirkliche Einstellung der Judenverfolgungen geglaubt werden kann. Ob aber bei der jetzigen Erregung, welche die gesammte muhamedanische Welt Äthiens ergriffen hat, der Schah einen solchen Schritt gegen das kirchliche Oberhaupt eines Landes wagen wird, erscheint mehr als zweifelhaft.

Amerika.

Washington, 21. August. („Frankf. Stg.“) Die Beziehungen mit Peru sollen gespannt sein. Die peruanische Regierung weigert sich nämlich, einen amerikanischen Bürger, namens Jackson, welcher durch die Schuld der Regierung bedeutenden Schaden erlitten, ca. 290 000 M. als Entschädigung zu zahlen. Man spricht von einer Flottendemonstration der Vereinigten Staaten an der Küste von Peru. —

In Mexiko besteht, nach einer Meldung der „Frankf. Stg.“, eine lebhafteste Bewegung für Einführung der Goldwährung, da die Regierung und die parlamentarischen Kreise über das rapide Fallen des Silberpreises beunruhigt und alle Lebensbedürfnisse theurer geworden sind, während die Arbeitslöhne sich nicht geändert haben. —

Sozialistische Kolonien. Nach dem Grundsatz des audiatu et altera pars — auch die Gegenpartei werde gehört — veröffentlicht wir nachstehend aus der Feder eines Mannes, welcher der Ruskin-Kolonie der Besessenen in Amerika persönlich nahegekommen hat, eine Entgegnung auf die Bemerkungen, welche unser amerikanischer Korrespondent (J. Nr. 6. „W.“ vom 1. August) über jene Kolonie gemacht hat:

Ueber die „Ruskin Kolonie“ im Staate Tennessee ist in Nr. 177 des „Vorwärts“ vom 1. August ein Bericht, aus New-York kommend, veröffentlicht worden, der sich auf einen Brief stützt, der von einem unzuliebenden Mitgliede der Kolonie herrührt. Die Vermuthung liegt nun nahe, daß dieses Mitglied die Ruskiner Verhältnisse nicht vorurtheillos geschildert hat. Wenigstens ist sonst der Unterschied nicht zu erklären, der zwischen der Darstellung der Sachlage in diesem Briefe und den Schilderungen besteht, die nach persönlichen, an Ort und Stelle empfangenen Eindrücken von den Korrespondenten verschiedener amerikanischer und englischer Zeitungen entworfen worden sind. Auf jeden Fall kann es nicht schaden, um auch den Schein absichtlicher Ungerechtigkeit zu vermeiden, das über die Entwicklung der Kolonie mitzutheilen, was in dem auf der Kolonie selbst gedruckten Blatte „The Coming Nation“ lehrlich gesagt worden ist.

Zunächst heißt es dort, daß laut dem letzten, den Staatsbehörden in Gemähe mit den gesetzlichen Vorschriften vorgelegten, beschworenen Jahresberichte die Aktiven der „Ruskin Cooperative Association“ circa 60 000 Dollars (= 240 000 M.) betragen, und daß diese Ziffern den Werth von Grund und Boden, Gebäuden und industriellen Anlagen darstellten.

Die Assoziation besitzt 1500 Acres (= 600 Hektar) Land, davon 1/2 Acker, 2/3 Wald- und Weideland, ferner aber vierzig Wohnhäuser, bestehend meistens aus zwei Stuben, weiterhin ein dreistöckiges Gebäude, in welchem eine Druckerlei, Speisewirtschaft und Versammlungsräume sich befinden, dann eine Mahlmühle und eine Sägemühle, eine Dampfwerkerei, eine Schmiede, eine Schuhmacherwerkstätte, eine Wäckerlei, eine Klempnerei, eine Handbäckerei, gemischten Waarenladen, Tischlerei, Klempnerei, eine Apotheke, einen Barbierladen, eine Malerwerkstatt, endlich eine Schule mit Industrie-Abtheilung und einem Kindergarten.

Da die Rückzahlung der von den Mitgliedern eingezahlten Beträge von diesen kaumtenmäßig nicht gefordert werden kann, so sind auch die Eintrittsgelder der 78 heute der Assoziation angehörenden Mitglieder im Gesamtbetrage von 30 000 Dollars nicht als Passiva zu betrachten. Los Sparanlagen in der Höhe von 1000 Dollars kommen als solche in Rechnung, endlich eine hypothekarische Forderung von 6000 Dollars, die noch auf dem Ackerland laftet. Die nächste Rate hieran in der Höhe von 2000 Dollars wird erst am 1. Januar 1898 fällig, doch ist es wahrscheinlich, daß die Assoziation die ganze Hypothekenschuld

nach vor dieser Frist gänzlich tilgen wird, da ihr zu diesem Zwecke von Freunden ein unverzinsliches Darlehen in Aussicht gestellt ist.

Nach alle diesem sieht es eigentlich mit der Assoziation gar nicht so übel, was auch durch die Behauptung bestätigt wird, daß sie ihren Bedarf in Wagonladungen bezieht und baar bezahlt. Die von ihr verlegte Zeitung soll in einer bona fide Auflage von 30 000 Exemplaren erscheinen, für die im voraus bezahlt worden ist, da nichts auf Kredit verkauft wird.

Mit Bezug auf die Gesinnung der Kolonie-Mitglieder be- hauptet Arthur Baker, der Korrespondent des „London Justice“, der Ruskin persönlich besucht hat, daß sich die Ruskin-Kolonisten des Unterschiedes sehr wohl bewußt wären, der zwischen ihrem heute bloß innerhalb enger Grenzen durchgeführten, unvollständigen Sozialismus und dem ganze Völker umfassenden Zukunfts- Sozialismus der Sozialdemokratie bestünde. Wie sehr sie den letzteren Zustand herbeiführen, beweisen sie dadurch, daß sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft erziehen, agitieren und organisieren, und so den Sieg der Sozialdemokratie energisch vor- bereiten helfen.

Daß sie dies heute besser thun könnten, als früher, da sie noch als Lohnarbeiter unter der Peitsche des Lohnherrn gestanden haben, das, meinen sie, dürfte doch kaum fraglich erscheinen. Der von Ruskin ausgehende, besonders im Besten der Vereinigten Staaten fühlbare, agitatorische Einfluß kann als Beweis dafür gelten.

Wir wollen Einzelheiten bei Seite lassen und wollen auch gar nicht bestreiten, daß einzelne Mitglieder der Ruskin-Kolonie günstige Erfahrungen gemacht haben. Allein was hat das mit dem Sozialismus zu thun? Assoziation und Gütergemeinschaft ist noch lange kein Sozialismus; daß kleine Gemeinschaften mit Gütergemeinschaft bestehen können, ist seit Jahrtausenden bekannt, für die allgemeinen geschäftlichen Zustände aber ganz ohne Bedeutung.

Buenos-Aires, 21. Juli. Die allgemeine Wehrpflicht soll vom 1. Januar 1898 an in der argentinischen Republik eingeführt werden. Die Dienstzeit soll ein Jahr dauern und mit dem 1. Januar nach vollendeten 20. Jahre beginnen. Hervorgehoben wird, daß dieses Wehrsystem billiger ausfallen soll, wie das bisherige Wehrsystem, da der Sold der gemeinen Soldaten von 44 M. per Monat auf 24 M. herabgestellt werden soll. Hier bezweifelt man sehr, daß diese Art einjähriger Dienstpflicht sich im Lande bewähren oder auch nur durchführen lassen wird. Unsere feinen und verzweifellichen Bourgeoisbüchsen, die die beiden letzten stützenden Lehungen kaum haben überwinden können, werden Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um nicht an der Chaco-Indianergrenze, in Menquen oder Santa Cruz dienen zu müssen, und nun gar während eines ganzen Jahres! Sie, die die Permsaufkauerei als ständiges Gewerbe betreiben. Da das Wehrsystem die Zahl der Soldaten, nämlich 10 000, die man gern aufstellen will, auch nicht annähernd aufzu- treiben gestattet, soll nun also die allgemeine Wehrpflicht versucht werden. Vermittelt derselben glaubt man ein stehendes Heer von über 20 000 Mann im Frieden aufstellen zu können.

Jedenfalls beweisen diese Projekte, wie sich der Militarismus hier zu entwickeln beginnt und sich fühlbar und regt. Trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände macht er stetige Fortschritte. — Das Alkohol- und Tabakmonopol soll nach in dieser Session dem Kongress vorgelegt werden. Die Staatseinnahmen geben nämlich bedeutend zurück in diesem Jahre. Das diesjährige Defizit wird jetzt schon auf etwa 95 Millionen Mark berechnet! Also sollen nun Staatsmonopole helfen. Das Tabakmonopol ist im Innern gar nicht durchführbar und das Alkoholmonopol nur mit so großen Verwaltungskosten und Entschädigungen an die Fabrikanten, daß wohl kaum ein Gewinn dabei herauszukommen sein wird. Das Leben wird damit ohne Resultat für den kleinen Mann vertheuert. — Die Verschleuderung von Grundeigentum vom Staat und den Gemeinden nimmt wohl nirgends solche Proportionen an, als bei uns. Wo es nur einigen Herren und Dämonen aus der „besseren“ Gesellschaft ein- fällt, zu sportlichen Zwecken ein Klubhaus zu bauen, wenden sie sich sogleich an die Regierung, um Ueberlassung der nöthigen Grundstücke, die natürlich in der Regel sofort bewilligt werden. So kommen die Leute zu ihren prachtvollen Klubhäusern, die sie nicht zahlen, und man darf sich nicht wundern, daß die Zahl solcher, die nur den Vergnügungen enger Kreise aus der Aristokratie dienen, eine so große ist. Tagelager ist von Anhalten, die dem allgemeinen Publikum zur Erholung, zur Belebung und zur Pflege der Gesundheit dienen, keine Spur. Die Herren vom Zuckersyndikat sind um weitere Liebesgaben bei der Regierung angekommen. Sie verlangen, man solle anstatt für 95 pCt. des Produkts für 50 pCt. die Aus- fuhr-Prämie bezahlen, d. h. ihnen ein weiteres Geschenk von mehreren Millionen machen und ihnen die ganze Summe und noch darüber hinaus, die die Regierung als Konsumsteuer von Zucker einnimmt, als Ausfuhr-Prämie zurückgeben. Das war vorauszu sehen, denn Bescheidenheit gehört nicht zu den Tugenden eines Zucker- barons. —

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Daß Herr v. Stumma mit seiner brutalen Beschimpfung der Arbeiterklasse der beste Agitator für die Sozialdemokratie ist, beweist u. a. die Thatfache, daß die Buch- handlung Vorwärts soeben in vierter Auflage die Broschüre: „Die Herrenhaus-Junker und die Arbeiter“ erscheinen lassen kann. Diese Schrift enthält die bekann- te Kaufmännische Rede Stumma's und die reaktionären Unkenrufe des Ministers Puttkamer, wie sie im Herrenhause bei der Ver- handlung der berichtigten Arbeitervereine Rede-Novelle zum besten gegeben wurden. Es leben unsere Freunde — die Feinde!

Die diesjährige Parteikonferenz für den märkischen Wahl- kreis Ost- und West-Sternberg wird Sonntag, den 29. Aug., von nachmittags 3 Uhr an in Dresden im Lokal des Herrn Vittel abgehalten. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Rechenschaftsbericht; 2. Bericht der Delegirten; 3. die bevorstehende Reichs- tagwahl; 4. Stellungnahme zur preussischen Landtagswahl; 5. die Presse; 6. Wahl eines Delegirten zum Parteitag; 7. Wahl der Kreis- Vertrauensperson.

Die Parteigenossen im Wahlkreise Randow-Creisfenagen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die diesjährige Kreis- konferenz Sonntag, den 5. September, früh 8 Uhr, in Travow im Lokal des Herrn Elmmer (Orabower Schützenhaus) abgehalten wird. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Wahlordnung der Partei an der Landtagswahl, Referat Reichstagskandidat Rörten aus Berlin; 2. Diskussion; 3. Bericht des Vertrauensmannes über die Agitation im Kreise; 4. Bericht der Delegirten; 5. Neuwahl des Kreis-Vertrauensmannes; 6. Verschiedenes.

Preussische Landtagswahlen. Die Parteigenossen in Magdeburg nahmen am Donnerstag in einer Versammlung, wo Redakteur Adler aus Halberstadt über dieses Thema ge- sprochen hatte, mit allen gegen 5 Stimmen eine Resolution an, worin erklärt wird: Angesichts der jetzigen politischen Lage sei es nöthig, den Beschluß des Rädler Parteitages aufzuheben; aber einen Zwang für oder gegen die Theilnahme an den Landtagswahlen auszuüben, das sei zu vermeiden.

Mit den Solinger Streitigkeiten werde sich, so verkündet in der Oberfelder „Freien Presse“, ein Gegner der Schuhmacher'schen Richtung als „sicher“, auch der Hamburger Parteitag zu beschäftigen haben. Dafür spreche schon die Thatfache, daß voraussichtlich von beiden Richtungen Delegirte geschickt werden würden, über deren Anerkennung der Parteitag zu entscheiden habe.

Zwarig genug, daß man in Solingen nicht selbst das Beschämende fühlte, immer und immer die ernste Arbeit des Parteitages durch lokale Zwistigkeiten zu föhren. Als Reichstagskandidat für den dritten braunschweigischen Wahlkreis Holzminden wurde von der Parteikonferenz zu Sosien wieder der Genosse Richard Calwer aufgestellt.

Die Pensionierung des Gendarmen Winter ist bereits erfolgt. Ein Sohn unseres Parteigenossen Schröder ist immer noch bemüht, die Wiederaufnahme des Verfahrens im Essener Meinelprozess zu erreichen. Auf seine Eingaben an die vorgelegte Behörde des Zeugen Gendarm Winter ist ihm, wie der „Allg. Beobachter“ berichtet, kürzlich folgendes Schreiben zugegangen: „Berlin, 3. August 1897. Auf Ihre an das Generalauditorat zu Berlin gerichteten Eingaben vom 8. April 1896 und 30. Juni 1896, ein Strafverfahren gegen den Gendarm Winter betreffend, erhalten Sie hiernüt zum Bescheide, daß, nachdem x. Winter aus dem Korps der Landgendarmarie infolge Pensionierung ausgeschieden, Ihre bezw. Anträge der Staatsanwaltschaft Essen zugeleitet worden sind, an welche Sie sich hinfür mit etwaigen Anträgen wenden wollen. v. Rauch, General der Infanterie.“

Von der Achtstundenbewegung der englischen Maschinenbauer.

Die Schiffsreparatur-Werstätten an der Themse, die den Achtstundentag bereits eingeführt hatten, gehen mit der Absicht um, dem Unternehmer-Verbande beizutreten und damit die neunständige Arbeitszeit wieder einzuführen. — In London zirkuliert das Gerücht, die Unternehmer-Syndikate von London und Glasgow hätten durch einige ihrer Ingenieure auf dem Kontinente Schiffsbauwerke in Augenchein nehmen lassen, die von den englischen Syndikaten eventuell angekauft werden sollen und in denen dann weit billiger, als in England produziert werden könnte. — In London haben wiederum eine Reihe Firmen bewilligt, sodas der Achtstundentag nun im Ganzen in 208 Betrieben mit 15 700 Arbeitern eingeführt ist. — Ein Führer der amalgamierten Maschinenbauer hat, um eine Bestätigung herbeizuführen, folgenden Vorschlag gemacht: Es soll die jetzige Arbeitszeit (9 1/2 Stunden pro Tag) an den ersten fünf Wochentagen beibehalten werden, am Freitag soll, um die 48 Stunden voll zu machen, noch eine halbe Stunde länger gearbeitet werden; am Sonnabend, an welchem Tage bisher die Werke um 12 Uhr mittags schlossen, würde dann gar nicht mehr gearbeitet werden. Daß die Unternehmer darauf eingehen, ist sehr zu bezweifeln, obgleich damit dem Einwand begegnet wird, daß bei der achtstündigen Arbeitszeit zuviel Maschinenkraft unbenutzt verloren gehe; außerdem würden am Sonnabend die gänzlich Anbelassen der Arbeit an Heizung, Licht Maschinenmaterial erspart werden. — In Luxemburg haben eine Reihe Firmen Entlassungen eintreten lassen. Der Sekretär der Gasarbeiter-Union macht bekannt, daß viele Hunderte Mitglieder durch den Kampf der Maschinenbauer beschäftigungslos geworden sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Zustand der Formner und Gießereiarbeiter der Firma Hoffmann u. Kühnemann ist in ein neues Stadium getreten. Eine von den Eisengießereibesitzern Berlin eingeführte Kommission verhandelte am Freitag Abend mit der Kommission der Streikenden und schloß zur Beilegung des Zustandes das Folgende fest:

Die vom Verband Berliner Metallindustrieller eingesetzte Kommission gab in der heutigen Sitzung der Kommission der streikenden Formner der Firma Hoffmann u. Kühnemann in Ausführung der am Tage vorher von den vereinigten Gießereibesitzern Berlin einstimmig gefassten Beschlüsse, folgende Erklärungen ab:

In der Regel soll nach 10 (zehn)stündiger Arbeitszeit abgegolten sein; in besonderen Fällen kann diese Zeit überschritten werden.

Die verfügbaren Arbeitsleute werden zum Tragen am Stiel kommandiert; reichen dieselben nicht aus, so sind die Formner verpflichtet, sich gegenseitig anzuhelfen.

Auszahlung, der ohne Verschulden des Formners entfällt, wird bezahlt. Die Entscheidung, ob den Formner die Schuld trifft, liegt beim Meister und dessen Vorgesetzten.

Bzüglich der übrigen Forderungen der Formner, die sich im allgemeinen auf Lohnhöhen beziehen, hat Herr Kommerzienrat Kühnemann erklärt, daß nach seiner Ueberzeugung nach Wiederaufnahme der Arbeit sich sehr bald eine Einigung erzielen lassen wird. Nach den stattgehabten Verhandlungen mit der Kommission der Formner und nach Rücksprache mit den Inhabern der Firma Hoffmann u. Kühnemann ist die unterzeichnete Kommission derselben Ansicht.

Berlin, den 20. August 1897.

R. Schmidt, Aktien-Gesellschaft Schwarztopf.

H. Hoppe, i. F. C. Hoppe.

K. Kuttel, Firma Aktien-Gesellschaft Freund.

Das Protokoll hierüber ging den Ausständigen am Sonnabend Morgen zu.

Bzüglich des zweiten Punktes, die Arbeiten am Stiel betreffend, wurden die Streikenden nochmals vorstellig und erhielten durch Herrn Kühnemann die Zusicherung, daß Formner nur in ganz besonderen Nothfällen zu diesen Arbeiten herangezogen werden sollen.

Die Beschlußfassung darüber, ob das oben abgedruckte Angebot von den Arbeitern akzeptiert werden soll, unterliegt der heute Sonntag Mittag 1 Uhr, Alte Jakobstr. 37, stattfindenden Versammlung der Formner.

An die Studienteure Berlin und Umgebung! In der letzten außerordentlichen General-Versammlung, welche am 2. August 1897 tagte, wurde der Beschluß gefaßt, den hiesigen Solatieren auszuweisen und dafür den Zentralverband der Studienteure Deutschlands beizutreten. Alle diejenigen Kollegen nun, welche ein Interesse daran haben, daß wirklich etwas erpiefliches für unser Gewerbe geschaffen werden soll, welches nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation möglich ist, werden ersucht, zu der am Montag (siehe Annonce) stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Mitglieder werden dorthin selbst aufgenommen. Die Kollegen, welche bis zum 1. August 1897 mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, können ihre Bücher im Arbeitsnachweis, Steinstr. 17, an Schinemann oder Montag in der Versammlung in Ordnung bringen.

Die Kommission.

Achtung, Hausdiener und Parker. Am Dienstag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet eine große Branchenversammlung in den Arminhallen statt. Auf der Tagesordnung steht die englische Tischzeit und lange Arbeitszeit in Berliner Haushalten, und ist es infolge der Wichtigkeit dieses Punktes für alle Kollegen notwendig, daß sie sich massenhaft beteiligen. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Die Tischler Hamburgs stehen vor einer Lohnbewegung. Bis vor wenigen Tagen hoffte man auf eine gütliche Einigung mit den Unternehmern, doch scheint diese Hoffnung, nachdem sich die in Bremen zur Zeit tagenden Tischlermeister Deutschlands zu einem festeren Zusammenhalten den Forderungen der Gesellen gegenüber verpflichtet haben, aussichtslos zu sein. Erfordert wird von den Hamburger Tischlern eine geringfügige Lohnerhöhung. Ob sich die Bau-Anschläger an der Bewegung beteiligen werden, ist noch zweifelhaft. Eine zur Erörterung dieser Frage einberufene Versammlung derselben, konnte zu keinem endgültigen Beschlusse kommen, so daß eine neue Versammlung einberufen werden muß.

In Leipzig sind die drei verhafteten Mitglieder des Streik-Komitees der Maurer noch immer nicht auf freiem Fuße, obwohl von Fluchtverdacht absolut keine Rede sein kann.

Durch die Ueberschwemmungen in Sachsen ist der Verband der Porzellanarbeiter in nicht unerheblicher Weise in Mitleidenschaft gezogen worden. In Golditz, einem Städtchen an der Mulde, wurde eine Steinigungsfabrik durch das Hochwasser zerstört, daß 57 Arbeiter auf längere Zeit beschäftigungslos geworden sind. Diesen hat der Vorstand des Verbandes 10 M. Unterstützung überwiesen und stellt weitere Hilfe in Aussicht.

In Aushbach streiken die Polierinnen der Metallkapselfabrik von W. Arnold (Inhaber Dietrichs), weil der Lohn von 30 Pf. pro tausend Kapselfen auf 25 Pf. herabgesetzt wurde.

Aus Ludwigshafen berichtet die „Pfälzische Post“: In der Gütterbestatterei von Keffert & Wwe. waren Lohnhöhen ausgedrückt, infolge dessen sämtliche Fuhrleute und Postkötter am 8. d. Mts. ihre Kündigung einreichten; insgesamt waren es 15 Mann, lauter organisierte Genossen. Die Zentralverbandleitung in Berlin beauftragte den Genossen Prailing von Mannheim, die Sache in die Hand zu nehmen. Am Sonntag früh fanden demgemäß Verhandlungen mit der Firma statt. Der Erfolg war ein guter, die Forderungen wurden bewilligt und die Leute nahmen infolge dessen am 15. August die Arbeit wieder auf. Der Erfolg ist der Organisation und dem festen Zusammenhalten der Arbeiter zu verdanken.

Der Kaiserstreik in der Tropf'schen Gashabrik in Frankenthal in der Rheinpfalz ist nach zehnwöchiger Dauer aufgehoben, weil die Ausständigen fast sämtlich abgerufen sind.

Ausland.

Der Notionalkongress der französischen Bergleute, der gegenwärtig in Carmaux tagt und über dessen Verhandlungen wir noch eingehender berichten werden, beschloß auf Basly's Antrag, die Erhöhung des Eingangszollens auf ausländische Kohle zu verlangen.

Die Bauhandwerker von Manchester (England) haben im Einverständnis mit den Unternehmern folgende Stundenlöhne festgesetzt: Maurer 80 und 90 Pf.; Steinmehrer 70 Pf.; Tischler und Zimmerer 70 Pf. und die Maler 65 Pf.

Soziales.

Eine Arbeitermaßregelung, die vielleicht selbst in der Stummischen Kreis für die Reichsregierung nicht ohne Interesse ist, weil sie ein langjähriges Mitglied des Reichs-Verfassungsausschusses betrifft, meldet die „Reichsische Tribune“ aus Gera. Die dortige Firma Morand u. Co. hat den 28 Jahre lang von ihr beschäftigten Arbeiter Julius Grünert entlassen, weil er gegen die Hausordnung dadurch verstoßen haben soll, daß er sich eines Tages von der Arbeit entfernte, ohne dies im Kommando mitzuteilen. Der Vorgang war folgender. Der Geschäftsführer der Textilarbeiter-Kassenkasse, deren Vorstandsmittglied Grünert ist, ließ diesen zur Erledigung einer dringlichen Kassenangelegenheit von der Arbeit wegrufen. Der Bote, der Grünert aufsuchte, sagte ihm, er habe bereits Mitteilung im Kommando gemacht, ohne daß man dort Einwendungen erhoben hätte. Aus diesem Grunde also unterließ Grünert, ins Kommando zu gehen.

28 Jahre lang hat er der Firma Morand u. Komp. treu gedient, eine doch gewiß entschuldige Unterlassung wird jetzt benutzt, ihn in seinen alten Tagen auf die Straße zu setzen.

Das ist der Dank des Kapitals!

Soziale Rechtspflege.

Abfindung verunglückter Ausländer. Die in einem Textilbetriebe beschäftigt gewesene Arbeiterin Boidl hatte einen Unfall erlitten und erhielt nun eine Rente. Die Berufsgenossenschaft wollte die Verunglückte, die Ausländerin ist, gern mit einer Pauschsumme abfinden. Durch einen ansehnlichen Bescheid wurde die Absicht ausgeführt, und zwar setzte die Berufsgenossenschaft den dreifachen Betrag der Jahresrente als Abfindungssumme fest. Die Klägerin, ein 30 Jahre altes Mädchen, legte indessen Berufung ein und verlangte eine höhere Abfindung oder die Weiterzahlung der bisherigen Rente. Das Schiedsgericht verurteilte darauf die Beklagte, die bisherige Rente der Klägerin weiterzugewähren. Die Berufsgenossenschaft könnten allerdings Ausländer durch eine Kapitalzahlung für ihren Entschädigungsanspruch abfinden. Es sei aber falsch, auf die Bestimmung des Bau-Unfallversicherungsgesetzes zurückzugreifen, wonach die Abfindung mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente zulässig sei. Durch dieses, 1887 erlassene Gesetz werde das Gesetz von 1884 nicht modifiziert. Für die Klägerin sei der dreifache Betrag zu gering, da sie erst 30 Jahre alt sei und noch lange im Genuß ihrer Rente verbleiben könnte. Die Berufsgenossenschaft legte nunmehr Rekur ein und erklärte die der Klägerin zugeordnete Abfindung für angemessen. Das Reichs-Verfassungsausschuss schloß sich jedoch dem Schiedsgericht an. Die fragliche Bestimmung des Bau-Unfallversicherungsgesetzes berühre diesen Fall nicht, auch könne keineswegs hier die dreifache Abfindung als angemessen erachtet werden. Die Berufsgenossenschaft müsse sehen, wie sie die Klägerin zufriedig stellen.

Eine besondere Vergütung für Nachtarbeit verlangte der Schneider H. vom Inhaber eines Uniformgeschäftes, für den er mehrere „Anproben“ gemacht hatte. Dieser, ein Herr Junge, wollte aber einen Zuschlag nicht bewilligen und geriet auch mit H. wegen des Reizepreises in Streit. Vor dem Gewerbegericht suchte H. dann seiner Meinung von dem Werte der Arbeit Geltung zu verschaffen. Die Kammer I unter dem Vorsitz des Assessors Hellwig erklärte 4 Mark pro Stück für angemessen und wies den Anspruch auf einen Zuschlag für die Nachtarbeit als unbegründet zurück. Sei auch Kläger durch den Antrag des Beklagten veranlaßt worden, die Nacht zu Hülfe zu nehmen, so könnte er einen höheren als den sonst angemessenen Preis für die Nachtarbeit doch nur dann fordern, wenn eine besondere diesbezügliche Verabredung getroffen worden wäre. Mangels einer solchen Abrede müsse er sich mit der ihm zugewilligten Summe begnügen. Es liege im Interesse des Stickerarbeiters, seine Arbeit sobald als möglich fertig zu stellen.

Gerichts-Beilage.

Der letzte Zustand der Zimmerer brachte am Sonnabend den Zimmergehilfen Wilhelm Müller wegen Vergehens gegen die §§ 153, 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung auf die Anklagebank vor der 138. Abteilung des Amtsgerichts I. Im Juli d. J. waren, wie bekannt, diejenigen Zimmerer in den Ausstand eingetreten, denen die auf 60 Pf. Stundenlohn lautende Forderung nicht bewilligt worden war. In einer allgemeinen Versammlung war die Aufforderung der Forderung beschlossen worden. Zu jenen Arbeitgebern, welche die Forderung nicht bewilligten, gehörte auch der Rathszimmermeister Winkelmann. Infolge dessen legten bei ihm zwei Mann, von welchen einer der Angeklagte war, die Arbeit nieder, während einige andere, unter ihnen der Zimmerer Quasebarth, weiter arbeiteten. Die beiden Streikenden wurden am 8. Juli d. J. abgelohnt. Der Angeklagte brachte Quasebarth, wie er sagt auf dessen Verlangen, Bescheid darüber, wie sich Winkelmann zu der Lohnforderung stelle, er stellte ihm die Sache vor, Quasebarth aber erklärte, daß er die Arbeit nicht niederlegen wolle. Der Angeklagte machte ihm darüber Vorhaltungen, weil Quasebarth auf der allgemeinen Versammlung ebenfalls für die eventuelle Arbeitsniederlegung gesprochen hatte. Quasebarth erklärte darauf, daß er zu Mittag die Arbeit niederlegen würde. Zu Mittag kam der Angeklagte in das Restaurant, in welchem Quasebarth mit dem Leuten von Zielen beschäftigt war. Tsch dieser Arbeit war das Restaurant nicht geschlossen. Nach der Anklage soll nun der Angeklagte hier zu Quasebarth gesagt haben: „Nun packe Deine Sachen zusammen und schließe Dich uns an; wenn Du nicht mithalten willst, dann wirst Du die Folgen schon erfahren.“ Der Angeklagte bestritt, diese Reue gesagt zu haben; er will auch von keinem anderen eine Drohung gehört haben. Der als Zeuge vernommene Quasebarth will auf Zureden des Angeklagten, und zwar nur aus Reue, an der allgemeinen Versammlung theilgenommen haben, „um mal zu sehen, wie es da zugeht.“ Was den Vorfall selbst anbelangt, so schildert ihn der Zeuge ähnlich wie der Angeklagte. Als letzterer zu Mittag nach dem betreffenden Restaurant gekommen sei, habe er

zu dem Zeugen gesagt: „Du arbeitest ja noch.“ Er (der Zeuge) habe darauf erwidert, daß seine Arbeit noch nicht fertig sei, worauf der Angeklagte sagte: „Du arbeitest nicht immer bei Winkelmann, Du kommst auch auf andere Plätze, da wird Dir das später nachgetragen.“ Das ist, wie der Zeuge sagt, die Erklärung für die Worte der Anklage, er würde die Folgen erfahren. Dann habe der Angeklagte noch gesagt, er (Zeuge) solle seine Sachen zusammenpacken und mitgehen. Das habe er denn auch gethan, um nicht Unannehmlichkeiten seitens der Zimmerer zu haben. In Begleitung des Angeklagten hatten sich nämlich noch mehrere Personen befinden — es waren das Mitglieder der Lohn-Kommission. Quasebarth hatte damals auch angenommen, der Angeklagte und seine Begleiter hätten sich absichtlich auf die Zielen gestellt, damit er nicht weiter arbeiten kann. In Wirklichkeit war das Vokal, wie Quasebarth zugeben muß, so klein, daß die Leute auf die Zielenbretter treten mußten, wenn sie Getränke erhalten wollten. Nachdem nach Vernehmung des Quasebarth auf weitere Beweisaufnahme verzichtet worden war, beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, da dem Angeklagten eine Verurteilung oder die Ausübung eines Zwanges nicht nachgewiesen sei. Die Nebenart von der späteren Folge könne als Drohung nicht aufgefaßt werden, sie sei also nicht geeignet gewesen, auf Quasebarth im Sinne des § 153 einzuwirken. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, schloß sich diesen Ausführungen und dem Antrage an. Der und der Gerichtshof erkannte demgemäß, Rathszimmermeister Winkelmann aber war mit diesem Urtheilspruch, den er sich nicht erklären konnte, keineswegs einverstanden, sondern erklärte vor der Thür des Sitzungssaales, er würde Widerspruch erheben — er scheint nicht zu wissen, daß ihm ein Recht hierzu nicht zusteht.

Eine empfindliche Strafe zog sich der Kaufmann Max Cohn zu, der wegen thätlicher Beleidigung vor der 129. Abtheilung Amtsgerichts I. unter Anklage stand. Da die Sittlichkeit gefährdet war, mußte unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden. Aus der Urtheilsbegründung ging hervor, daß die Verkäuferin Margarethe Schmidt, mit der Cohn in demselben Geschäft thätig war, vom Angeklagten in schamloser Weise berührt wurde. Wegen der Schwere der Beleidigung nahm der Gerichtshof von einer Geldstrafe Abstand und erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Deyeschen und letzte Nachrichten.

Köln, 21. August. (W. Z. B.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Hannover gemeldet: Die Untersuchung über den Unfall, der den Frankfurt-Hamburger Durchgangszug am 14. d. Mts. bei Celle betroffen hat, befindet sich, wie wir vernahmen, nunmehr in den Händen des Gerichts, nachdem durch die sowohl von der Staatsbahnverwaltung, wie dem Reichs-Eisenbahnamt vorgenommene Untersuchung festgestellt worden ist, daß die Ursache des Unfalles weder in dem Zustande der Bahn oder des Geleises, noch in der Beschaffenheit der Lokomotive und der Wagen, noch in dem Verhalten der für die Sicherheit des Zuges verantwortlichen Beamten liegen kann. Sowohl die Lage des Geleises, wie die Beschaffenheit der Schienen und Schwellen, ebenso die Bauarbeit und der Zustand der Fahrzeuge des Zuges hat sich, wie bestimmt verlautet, als durchaus normal ergeben, auch kann festgestellt werden, daß die Geschwindigkeit des Zuges nicht über das zulässige Maß hinausging, was schon um deswillen sehr unwahrscheinlich war, weil er sich in einer anhaltenden Steigung bewegte. Dagegen erscheint es nach verschiedenen, bei der bisherigen Untersuchung ermittelten Thatsachen wahrscheinlich, daß ein Verbrechen vorliegt. Es ist daher auf die Ermittlung des Täters eine namhafte Belohnung gesetzt worden.

Bredon, 21. August. (W. Z. B.) Amtlich wird gemeldet: Auf der Linie Mägeln-Geising-Altendorf wird der Gesamtverkehr von Mägeln bei Pirna bis Weesenstein am 23. d. M. wieder aufgenommen.

München, 21. August. (W. Z. B.) Der von München kommende Schnellzug Nr. 105 überfuhr heute Mittag in Freilassing das Personensignal und fuhr dem Personenzug Nr. 877 in die Seite. Fünf Personen des Personenzuges wurden schwer verletzt, eine von ihnen ist bereits gestorben; von den Insassen des Schnellzuges wurde einer leicht verletzt. Mehrere Wagen sind zertrümmert.

Freilassing i. Bayern, 21. August. (W. Z. B.) Bei dem gemeldeten Zusammenstoß zwischen dem Schnellzug München-Reichenhall und dem Personenzug Salzburg-Reichenhall wurde der Direktionsadjunkt Moriz Beyl aus Wien getödtet; schwer verwundet wurden Frau Anna Beyl und der Privatbeamte Siegfried Hüffel aus Wien; leicht verwundet wurden die Tochter des Direktionsadjunkten Beyl, Wilhelmine Beyl, Frau Therese Dittenberger aus Wien und Frau Maria Scharf aus Salzburg.

Strasbourg, 21. August. (W. Z. B.) Die „Straßb. Post“ meldet: Der Rhein steigt sehr rasch, der Pegel von gestern Abend war drei Meter, von heute früh 4 Meter. Das Steigen wird voraussichtlich nach den Meldungen vom Oberrhein bis morgen anhalten. In Öningen ist der Rhein seit gestern um 1,50 Meter und in Waldsloh um 1 Meter gewachsen. Die Arbeiten zur Verbreiterung der Einsahrt in den kleinen Rhein mußte des Hochwassers wegen eingestellt werden. Auch der kleine Rhein ist bereits über seine Ufer getreten und hat das Vorland überfluthet. Die Ursache des Hochwassers ist die bereits gemeldete schnelle Schneeschmelze in den Hochalpen.

Triest, 21. August. (W. Z. B.) Heute wurde vor dem hiesigen Erkenntnisgericht nach dreitägiger Verhandlung gegen 21 bei dem Bau der Hochofenanlage in Cervola beschäftigt gewesene Arbeiter wegen der gegen italienische Arbeiter am 5. Juni in Cervola verübten Gewaltthatigkeiten das Urtheil gefällt. Achtzehn erhielten Kettenstrafen von 4 bis 9 Monaten, 3 wurden freigesprochen.

Paris, 21. August. (W. Z. B.) Die Verhandlungen in dem Prozesse wegen des Gasarbrandes in der Rue Jean Goujon sind heute zu Ende geführt worden. Der Urtheilspruch wird Dienstag gefällt werden.

Nonen, 21. August. (W. Z. B.) Durch Entgleisung eines Eisenbahnzuges bei Le Petit-Couronne wurde eine Person getödtet und zehn verwundet.

London, 21. August. („Frankfurter Ztg.“) John Burn theilte mit, daß von 240 Londoner Unternehmern 208 die Forderungen der Maschinenbauer bewilligt hätten. Trotzdem nimmt der Ausschluß und der Streit zu. Man glaubt, derselbe werde sich bis zu Weihnachten hinziehen.

London, 21. August. (W. Z. B.) In dem Schiffsharhoff von Oldwied bei Newcastle wurden heute Nachmittag 700 Maschinen, Zimmerleute und andere Arbeiter beschäftigungslos, weil das Geschäft wegen der Lohnstreitigkeiten im Maschinenbauwesen sehr still ist.

Kopenhagen, 21. August. („Frankfurter Zeitung“) Der englische Arbeiterführer Tom Man ist hier eingetroffen. Er will für die Einführung des achtstündigen Arbeitstages agitiren.

Kiew, 21. August. (W. Z. B.) Infolge einer Benzinymplosion entstand gestern in einer hiesigen Trogenhandlung ein großer Brand, bei dem 15 Personen verbrannten.

Kauca, 21. August. (Melung der „Agence Havas“) Die von den Amerikanern eingesetzte militärische Untersuchungskommission besteht aus den Generälen Van den Broek als Vorsitzenden, sowie je einem Russen, Deutschen, Italiener, Engländer und Oesterreicher als Mitgliedern. Schwed Bacha hat es unterlassen, auch einen türkischen Offizier für die Kommission zu designiren. In einer Bekanntmachung der Admirals wird angeführt, die anstehende wichtige Lage und der Mangel einer Justizbehörde, die im stande wäre, Attentate gegen die internationalen Truppen zu unterdrücken, hätte die Einsetzung der militärischen Untersuchungskommission erforderlich gemacht.

Estari, 21. August. (W. Z. B.) Die Polizei-Agenten, die beauftragt waren, ein von verdächtigen Armentern bewohntes Haus zu besetzen, wurden mit Revolvergeschüssen empfangen. Militärische Hilfe wurde herbeigeholt, was es gelang, in das Haus einzudringen. Man fand in demselben 15 Männer und Frauen, alle bewaffnet. Nach heftigen Kämpfen wurden dieselben überwältigt und ins Gefängnis überführt.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

sind und ferner die folgenden Beiträge zugegangen:
Turnverein Pichte, auf dem Sommerfest von der ersten Damen-Abteilung gesammelt 73.52. Silberarbeiter und Graveure der Firma Schneider 13.50. Summa 87.02.
Bereits quittirt 2299.92. Gesamtsumme 2388.94.
Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

Kommunales.

Der Jahresabschluss der städtischen Wasserwerke für den 1. April 1896/97 stellt sich in Einnahme auf 12 886 039.50 M. und in Ausgabe auf 11 763 915.19 M., so daß ein Bestand von 672 123.84 M. verbleibt. Beim rechnungsmäßigen Soll des Ordinariums ergab sich eine um 191 826 M. höhere Einnahme und eine um 301 929 M. geringere Ausgabe, so daß sich der mit 1 852 908 M. angelegte Ueberschuß, dem 37 514 M. an vorjährigen Resten hinzutreten, um 493 255 M. erhöht und überhaupt 1 888 077 M. beträgt, wovon nach Abzug der Einnahmeste von 26 244 M. an die Stadthauptkasse haark abgeliefert sind 1 856 833 M. An den Schulden der Stadt Berlin waren die Wasserwerke am Schlusse des Rechnungsjahres 1896/97 mit 53 601 942.46 M. beteiligt. Der ursprüngliche Schuldenbeitrag der Wasserwerke durch ein beim Reichs-Zentralbankfonds im Jahre 1874 aufgenommenes Darlehen zu 4 1/2 pSt. betrug 30 000 000 M., derselbe ist durch extraordinary Tilgung beziehungsweise Veranschlagung von 2 1/2 prozentigen Stadtschuldscheinen am Schlusse des Rechnungsjahres 1896/97 auf 6 272 000 M. herabgesetzt worden.

Lokales.

Zur Dislokation für die Ueberschwemmten. In der städtischen Hauptaufstellungskasse waren für die Nothleidenden bis heute Mittags 551 610 M. vereinnahmt worden. — Die behufs Einziehung von Informationen an Ort und Stelle delegirten Herren: Bürgermeister Kirchmann und Oekonomierath Grub (für Schlesien), sowie Baurath Hylmann und Kommerzienrath Landau sind in die Nothstandsdistrikte abgereist und werden in wenigen Tagen ihren Bericht dem Ausschuss unterbreiten, welcher sich dann über die dem Zentral-Komitee in betreff der Vertheilung der Millionenpende Berlin zu machenden Vorschläge schlüssig machen wird. Inzwischen wird der Ausschuss in den nächsten Tagen über die Vertheilung der noch zur Verfügung stehenden 75 000 M. beraten. Hoffentlich kommt endlich etwas mehr Zug in die Vertheilung der reichlichen Spenden.

Vom Berliner Fernverkehr. Vorgestern gaben wir einer Beschreibung Raum, die sich darauf bezog, daß der Verkehr in der Richtung Ostlich von der Stadtbahn nach dem Ostlicher Bahnhof verlegt worden ist. Diese für einen beträchtlichen Theil der Einwohnererschaft ungewohnte Aenderung ist eine von den systematischen Maßregeln der Eisenbahnverwaltung, deren Zweck dahin geht, die Stadtbahn überhaupt möglichst vom Fernverkehr zu entlasten und diesen auf diejenigen Bahnhöfe zu übertragen, die mit der Stadtbahn keine direkte Verbindung haben. So ist bereits der Verkehr in der Richtung Hamburg, sowie der in der Richtung München von der Stadtbahn nach dem Sechster Hauptbahnhof resp. dem Anhalter Bahnhof verlegt worden. Solche Aenderungen mögen gewiß für manche Reisende Unbequemlichkeiten mit sich bringen, aber wie die Sachen einmal liegen, bilden sie von zwei immer noch das kleine Uebel. Denn durch die riesenhafte Zunahme des Stadtbahn- und Vorortverkehrs ist die Stadtbahn in einer Weise belastet worden, die vorab schon einen anderen Ausweg offen läßt; hat doch allein der Verkehr der Stadt- und Ringbahn eine solche Ausdehnung erfahren, daß seit einigen Jahren auch die Vorortzüge auf den Ferngleisen verkehren müssen. Unberechenbare Komplikationen, die sich zum mindesten in häufigen Verspätungen geäußert hätten, wären die Folge gewesen, wenn die Eisenbahnverwaltung nicht dahin getrachtet hätte, die Fernzüge auf die nicht von der Stadtbahn berührten Bahnhöfe zu übertragen. Nun ist an eine Verbreiterung des Stadtbahn-Gleises nicht zu denken, ebenso liegt das Ideal eines Zentralbahnhofs und die vorgeschlagene Errichtung eines Stadtbahnhofs auf der Stadtbahnstrecke noch in weiter weiter Ferne. Mitin wird das Publikum sich daran gewöhnen müssen, daß der Berliner Fernverkehr im Gegentheil zu dem anderer Städte nicht zentralisiert sondern dezentralisiert wird.

Welch ein unaufrichtiger Kerl dieser Goethe doch war, daß er nicht man jetzt durch die — Charlottenburger Polizei. Der Magistrat von Charlottenburg hat bereits vor geraumer Zeit eine Liste der noch namenlosen Straßen und Plätze eingereicht und u. a. darum ersucht, daß die Straße 6a, die die Goethe- und Bismarckstraße verbindet, nach der Jugendliebe Goethe's, Friederike von Seseheim, den Namen Friederikenstraße erhalten solle. Der Name wurde indessen, wie die Charlottenburger „Neue Zeit“ mittheilt, von der Polizei abgelehnt und diese Ablehnung wurde damit motivirt, daß Goethe und Friederike von Seseheim in einem unästhetischen Verhältnis zu einander gestanden hätten. Und der Mann war Geheimrath und Minister! Einfach schändlich!

Ein weiteres Stücklein der Charlottenburger Polizei verdient ebenfalls der Öffentlichkeit preisgegeben zu werden:

Für eine andere Straße hatte der Magistrat, in dankbarer Erinnerung an den Superintendenten Dreffel, der in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts in Charlottenburg sich besonders um die Errichtung des städtischen Krankenhauses verdient gemacht hat, den Namen Dreffelstraße beantragt. Aber auch dieser Name mußte der Polizeimoral zum Opfer fallen. Man fand, daß der Name ansöfzig erscheinen könnte, weil es in Berlin einen Traiteur Dreffel giebt, der in gleicher Weise durch seine exquisiten Dinners und Soupers, wie durch die in seinem Restaurant befindlichen chambres séparées bekannt ist, und lehnte den Antrag ab.

Die neue Baupolizei-Ordnung für den Stadtkreis Berlin ist dem Magistratskollegium zur Kenntnissnahme mitgetheilt und, wie wir meldeten, gleichzeitlich auch in der „Nordd. Allg. Zig.“ veröffentlicht worden. Sie ist vom Polizeipräsidenten unter dem 15. August d. J. auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 43, 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung erlassen, nachdem die vom hiesigen Magistrat versagte Zustimmung durch Beschluß des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin vom 9. August dieses Jahres ergänzt worden ist. Die neue Baupolizei-Ordnung ist am Tage der amtlichen Veröffentlichung unter gleichzeitiger Aufhebung der Baupolizei-Ordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. Januar 1897 — also gestern — in Kraft getreten. Die auf Grund der letzteren erlassenen Bekanntmachungen bleiben bis auf weiteres in Kraft, bezüglichen die Polizeiverordnung vom 27. April 1894, betreffend die Baubefreiungen der Schöneberger Wiesen etc. Die nach der Baupolizei-Ordnung vom 15. Januar 1897 bereits erteilten Bauverträge verlieren, sofern ihre Gültigkeit nach § 29 nicht früher erlischt, die Gültigkeit nach Ablauf von fünf Monaten vom 20. d. M. ab, wenn nicht inzwischen der Bau begonnen ist, und bei Neubauten, wenn nicht inzwischen die Fundamente gelegt und die Kellermauern bis zur Erdoberfläche hergestellt sind. Eine eingehende Würdigung der neuen Baupolizei-Ordnung werden wir in den nächsten Tagen bringen.

Wie leben in einer großen Welt, vielleicht schon in der Zeit der herrlichen Tage. Wie groß die Welt seit eigentlich ist, wurde der unwissenden Mitwelt zum Beispiel klar, als bei der Pentemeterfeier jedem Angehörigen des Kriegsheeres eine Medaille verliehen wurde.

Während es bis dahin nur Brauch war, nach Beendigung eines „großen“ Krieges derartige Geschenke an die aus mörderischen Kämpfen zurückkehrenden Kombattanten zu vertheilen, genügte bei der Zeitmarier die Größe des Moments an sich schon und die That- sache, daß man als zwanzig- bis zweundzwanzigjähriger junger Mann just im bunten Rock stiel, als daß große Ereigniß des preussischen Gedentages herangekommen war. Der Bericht der Medaille und des weltgeschichtlichen Vorganges, aus welchem heraus sie vertheilt wurde, soll nunmehr den Trägern noch besonders deutlich gemacht werden. Es ist, wie ein hiesiges Blatt meldet, ein einschränkender Erlaß erschienen. Das feste Tragen ist nicht statthaft. Die Medaillen dürfen nur im großen Dienste getragen werden und bei solchen Fällen, wo der Soldat im Ordemann- oder Parade- Anzug zu erscheinen hat, also bei Kirchgängen, Hochzeiten, Beerdigungen u. s. w.

Ein moderner Ritter Georg. Der durch den Streit mit den Barrison's in weiten Kreisen bekannt gewordene Redakteur Otto der Zeitschrift „Artia“ wird Gegenstand einer ganz besonderen Ehrung werden. Die hiesige Juwelierfirma S. u. W. hat nämlich im Auftrage einer Anzahl Kritiken eine Ehrengabe fertiggestellt, welche dieser Tage überreicht werden wird. Es handelt sich um einen in Silber getriebenen Ritter Georg, der mit gezackter Lanze auf einen fünfköpfigen Drachen loszieht. Jeder dieser Drachenköpfe trägt einen Brillanten, wodurch der Charakter der Gruppe außerordentlich an Reizhaftigkeit gewinnt. Den tieferen Sinn der Spende zu er- rathen, ist sicherlich nicht sehr schwer, wir fürchten nur, daß der wunderliche Sittlichkeitsapostel und Demuziant auch bei Leuten, die nicht besonders für die fünf Barrison-Drachen eingenommen sind, mehr Heiterkeit als Bewunderung erwecken wird.

Wegen Einführung von Sommerkleidung bei den Post- beamten werden neuerdings weitere Versuche angestellt. Die blaue Kattunbluse, mit welcher einige Briefträger in diesem Sommer aus- gerüstet waren, haben nur geringen Anklang gefunden. Die Ober- Postdirektion hat nunmehr einige Kattunröcke herstellen lassen, mit welchen einige Briefträger des Postamts 2 ausgerüstet worden sind. Ob diese Röcke endgültig zur Einführung kommen werden, ist noch nicht bestimmt.

Gegen den bekannten Musikdirektor Carl Mebber (früher in Berlin) hat der Allgemeine deutsche Musikerverband, wie wir in der „Germania“ lesen, von neuem Stellung genommen. Neben der Waischauer Affäre und den vielach in der Meyer'schen Kapelle vorgekommenen Lohnbifferenzen wird ihm besonders die Erstattung eines Gutachtens in der Beurlaubungsfrage zum Vorwurf gemacht, wo- nach zwei Musikergelichen zur Ausbildung von fünfzig Beurlaubten genügen sollten. Der Verbandsvorstand hat nun, um ferneren un- liebbaren Vorkommnissen vorzubeugen, beschloffen, diejenigen seiner Mitglieder, welche mit Herrn Mebber ein kontraktliches Verhältnis eingehen und in seiner Kapelle mitwirken, außer Verbandsschutz zu stellen, so daß diese gesungen sein werden, etwaige Streitigkeiten bei Gericht auf eigene Kosten anzukämpfen.

Bezüglich der Geltungsdauer der Monats-, Stamm- und Nebenkarten hat der Minister der öffentlichen Arbeiten jetzt folgende Anordnung getroffen. Im allgemeinen Verlehr der preussischen Staatsbahnen haben diese Karten am letzten Tage ihrer Gültig- keit noch zu den vor Mitternacht abfahrenden Zügen Gültigkeit und zwar auch dann, wenn dieselben auf der Bestimmungsstation erst nach Mitternacht eintreffen. Dasselbe gilt von den um 12 Uhr nachts abgehenden Zügen. Die im Berliner Stadt-, Ringbahn- und Vorortverkehr getroffene Einrichtgung, daß die Monatskarten noch nach Mitternacht des letzten Geltungstages zu den bis 1 Uhr nachts abgehenden Zügen benutzt werden dürfen, bleibt weiter in Geltung.

„Bruch“-Chokolade. Die Bruch-Chokolade ist bekanntlich eine besonders angefertigte und ohne Umhüllung in den Handel ge- brachte minderwertige Chokolade, während viele harmlose Käufer glauben, daß es zerbrochene Tafeln guter Chokolade seien, welche der Händler, um zu räumen, äußerst billig verkauft. Um dem Unfug, welcher mit der Bruch-Chokolade getrieben wird, zu steuern, hat laut „Zeitschrift für Nahrungsmittel-Untersuchung“ die 3. Verammlung d. österreichischer Nahrungsmittel-Chemiker und Mikroskopiker, welche in Wien abgehalten wurde, den Beschluß gefaßt, zu beantragen, den Begriff Bruch-Chokolade ganz fallen zu lassen, beziehungsweise die Forderung aufzustellen, daß es nicht gehalten sei, minderwertige Sorten von Chokolade ohne Umhüllung als Bruch-Chokolade in den Verlehr zu bringen.

Rekruteneinstellung. Laut Kriegsministerieller Bestimmung soll nach näherer Anordnung des General-Kommandos die diesmälige Einstellung der Rekruten bei der Infanterie in der Zeit vom 12. bis zum 16. Oktober d. J., bei der Kavallerie baldmöglichst nach dem 1. Oktober, jedoch erst nach dem Eintreffen der Truppen- theile von den Herbstübungen in ihre Garnisonen, bei den Trainbataillonen am 2. November und der Trainoldaten am 3. Mai nächsten Jahres erfolgen. Die Unteroffizierschüler sowie die als Oekonomie-Hand- werker ausgehobenen Wehrpflichtigen sollen am 1. Oktober d. J. eingestellt werden.

Die neuen Reform-Omnibusse (5 Pf. Linien) werden von Montag ab sofort mit Begleitung fahren, d. h. jeder Omnibus wird einen Schaffner bekommen. Die Verwaltung hat sich, wie der „Conf.“ meldet, um die Konzession für weitere Linien zu erhalten, dazu entschlossen, den Anordnungen des Polizeipräsidenten Folge zu leisten, obgleich damit erhebliche Mehrkosten verbunden sind. Dadurch, daß die jetzt bestehende Linie vom Hauptbahnhof bis zum Hühnerplatz ausgedehnt wird, hofft man, die mehr entfallenden Kosten zu decken, so daß die Ertragsfähigkeit des Unternehmens da- durch nicht beeinträchtigt wird. Für eine Anzahl neuer Linien ist die polizeiliche Konzession nachgesucht.

Die städtischen Desinfektionswagen bergen, so schreibt ein hiesiges Blatt, eine große Gefahr für die Gesundheit unserer Kinder- welt in sich. Bei dieser Erregung ist fast ebenso viel Interesse wie der berühmte „grüne Wagen“. Führt der Desinfektionswagen irgendwo vor, um Sachen abzuholen, so sammelt sich im Nu eine beträchtliche Kinderschar an, die, dicht um ihn gedrängt, dem Ver- laden neugierig zuschaut. Wie oft schon mag auf diese Weise eine ansteckende Krankheit übertragen worden sein? Die den Desinfektions- wagen beigegebenen Beamten haben deshalb die strenge Weisung er- halten, jene Ansammlungen der Kinder energisch zu verhindern. Schule und Haus müssen aber hier gleichfalls das ihrige zur Ver- hütung der Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten beitragen.

Der Verkauf des Zirkus Reng durch Franz Reng an Ernst Reng ist nun endgültig abgeschlossen worden. Am Freitag Abend haben beide Parteien den Vertrag in Gegenwart eines Notars unterzeichnet. Ernst Reng hat damit die Leitung des Instituts über- nommen. Der neue Direktor will am 11. oder 12. September in Hamburg mit seinen Vorstellungen beginnen. Trozdem ihm das hiesige Zirkusgebäude durch die Verpachtung an die Olympia-Theater- gesellschaft während der nächsten drei Jahre verschlossen ist, hofft er doch, alljährlich auch in Berlin spielen zu können.

Zur Ermordung der Marie Thiele wird amtlich berichtet: Aus dem Umstand, daß ein Portemonnaie der ermordeten Marie Thiele bereits in der Nacht vom 7. zum 8. d. M. kurz vor 11 1/2 Uhr in der Hannoverstraße gefunden worden ist, mußte der Schluß gezogen werden, daß die Thiele bereits zu dieser Zeit ermordet gewesen ist. Dieser Annahme stehen indes die Aussagen mehrerer Mädchen entgegen, welche die Thiele noch nach 12 Uhr, selbst bis 12 1/2 Uhr nachts auf der Straße oder in Lokalen gesehen haben wollen. Außer dem aufgefundenen scheint noch ein sogenanntes Pompadour-Portemonnaie mit Inhalt geraubt worden zu sein. Dessenbeutel, 10—12 Zentimeter lang, besteht aus dunklem Leder, der Verschluss aus gelben, gitterförmig verschlebbaren Metallstäben mit kleiner Kette daran.

Sich selbst erschossen hat gestern der aus Haffelbusch im Kreise Friedeberg gebürtige 21 Jahre alte Schlächtergehilfe Robert Nedemann, der seit sieben Wochen bei dem Schlächtermeister Scharnberger in der Lauscherstraße in Stellung war. Der junge Mann zeigte stets ein sonderbares Benehmen. Wenn er abends um 6 Uhr mit der Arbeit fertig war, so ging er niemals aus, sondern setzte sich in seine Stube und brütete vor sich hin. Oft schloß er sich auch ein. Als man ihn gelegentlich einmal nach der Ursache seines Verhaltens fragte, sagte er nur, daß er mit seiner Mutter schlecht stehe, weiter ließ er sich nicht aus. Gestern Nachmittag war er wie gewöhnlich im Arbeitsraum im Keller. Als sein Meister um 2 1/2 Uhr hinunterging, fand er den Gefellen in einem Vorraume zur Räucherlampe auf dem Fuß- boden liegen, das Gesicht nach unten. Der junge Mann schämte sich und suchte mit Händen und Füßen. Als der Meister ihn un- wandte, fand er unter ihm eine Blutlache, in der ein großes Schlächtermesser lag, mit dem Nedemann gearbeitet hatte. Der Lebensmüde hatte es sich tief in die Brust gestochen und dann wieder herausgezogen. Der Meister holte einen Heilgehilfen und dann den Arzt Dr. Epider. Während dieser sich noch mit ihm be- schäftigte, starb Nedemann, etwa zehn Minuten später, als man ihn aufgefunden hatte. Der Stich scheint das Herz getroffen zu haben.

Die Abspaltung des Auguste-Bischoffsplatzes an der Kirche mit der weggewickelten Kameelsinschrift ist jetzt in Angriff genommen worden. Leider soll den Arbeiten auch die alte einzeln stehende Eiche zwischen der Kirche und dem Zoologischen Garten zum Opfer fallen. Selbst die Linie der Pferdebahn weicht dem ehr- würdigen Baume aus. Es fragt sich, ob die schöne Eiche nicht hätte erhalten werden können.

Der Redakteur des Berliner „Sozialist“, Gustav Landauer, ist von der Wiener Polizei vorgestern verhaftet worden. Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet, beabsichtigte Landauer in Wien Vorträge zu halten.

Die Nachricht, daß der Schlächtermeister Karl Haberecht an den Folgen des Messerhieb, welchen er von seinem Bruder, dem Schlächtermeister Hugo Haberecht in der Jossenerstraße, erhalten, gestorben sei, bestätigt sich erfreulicherweise nicht. — Wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ erfährt, ist Karl Haberecht bereits gestern wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden, wohin man ihn, weil ein Arzt nicht sofort zur Stelle war, gebracht hatte.

Das Gerücht von einem Morde war vorgestern in den west- lichen und südlichen Vororten und auch in Berlin verbreitet. In Prenzlau sollte ein Knabe, namens Richter, mit eingeschlagenem Schädel und mehreren Stichwunden todt aufgefunden worden sein. Das Gerücht entbehrt jeder thatsächlichen Unterlage.

Zufolge einer vorsächlichen Brandstiftung wurde Freitag Abend die Feuerweh nach der Bohnung des Klempnergehilfen Hermann Thermann im Keller des Hauses Kleinbrenstr. 1 gerufen. Thermann war bei seiner Rückkehr mit seiner Frau in Wortwechsel gerathen, weil diese ihn durch die Kinder in verschiedenen Schant- wirtschaften hatte suchen lassen. Nachdem die Frau mit ihren Kindern die Bohnung verlassen hatte, geriet der Mann in solche Wuth, daß er Bettzeug und verschiedene Wirtschaftsgegenstände auf dem Boden ausbreitete, mehrere Liter Petroleum darüber goß und das Ganze in Brand setzte. Glücklicherweise wurde das Feuer durch Vorübergehende bemerkt, die die Feuerweh herbeiriefen, der es in kurzer Zeit gelang, den Brand zu löschen. Der Brandstifter wurde festgenommen.

Seiner bevorstehenden Verhaftung suchte sich der Haus- diener K. durch Selbstmord zu entziehen. K., der in der Hatten- handlung von Zinda in der Steinmehstr. 27 in Stellung war, hatte Unzufriedenheiten begangen und sollte deshalb festgenommen werden. Er hängte sich im Keller auf, wurde aber von Hausgenossen ab- gefaschnitten und durch Krankenwagen in eine Anstalt gebracht. Ein Tobfuchtsanfall, der sich bald nach der Entlieferung des K. ein- stellte, läßt darauf schließen, daß dieser geistig nicht normal veran- lagt ist.

Das Polizeipräsidium macht bekannt: In dem Strafver- fahren wider den aus Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 7, Gde. Gohrechtstraße, flüchtigen Schneider Milovec alias Mitowa, der einer hiesigen Konfektions-Ausfuhrfirma Stoffe im Werthe von etwa 4000 M. unterschlagen hat, ist es für die Kriminalpolizei von Wichtig- keit, daß sich bei ihr in den Vormittagsstunden Zimmer 334/35, alle die Personen melden, die von Mitovec Stoffe in Arbeit erhalten oder gekauft haben, ebenso die vier Drochkenkutscher, die am Sonn- tag, den 15. d. M., verschiedene Ballen fertiger Jackets von seiner Wohnung aus fortgeführt haben. Die geschädigte Firma hat sich zur Zahlung doppelter Arbeitslöhne an die sich meldenden Arbeiter und einer Belohnung an die Drochkenkutscher bereit er- klärt.

Selbstmord. Das Opfer widriger Geschäftsverhältnisse ist an- scheinend der Zigarrenhändler Emil Eichmann in der Großen Frank- furtstraße 91 geworden, welcher sich gestern Mittag erschossen hat. Er hatte erst vor einiger Zeit das Geschäft käuflich übernommen, den Kaufpreis erlegt und die Miete für das laufende Vierteljahr gezahlt, so daß eine unmittelbare Verlegenheit nicht in Frage stand. Andererseits scheint der schlechte Geschäftsgang der letzten Tage den Inhaber sehr erregt zu haben, denn schon vorgestern fiel sein sonder- bares Benehmen auf. Gestern Mittag jagte er sich eine Kugel durch den Kopf, als er sich gerade im Laden befand.

Straßenpererrung. Die Durchfahrtsjoch der Fußgängerbrücke über die Obersee im Zuge der Eisenbahnbrücke von der Mühlen- straße bis zur Köpenickerstraße werden zur Reparatur vom 23. d. M. ab bis auf weiteres wechselseitig gesperrt.

Auglücksfälle im Straßenverkehr. Unter den Linden gingen die Pferde eines Requisitionswagens der königl. Intendantur der Schauspiele infolge des Bepolters eines vom Wagen herabfallenden Fasses durch und liefen nach der Schloßbrücke. Der Kutscher Adolf Schulz, der die Herrschaft über das dahinfliehende Gespann verloren hatte, wurde von seinem Sitze herabgeschleudert und wäre an der Deichsel hängend überfahren worden, wenn es nicht dem vorüberreitenden Polizei- Lieutenant Wilde sowie dem Schutz- mann Krausmann gelungen wäre, die Thiere vor dem Palais der Kaiserin Friedrich muthvollerweise aufzuhalten. Der Polizei- Lieutenant Wilde stürzte dabei und trug außer einer Verrenkung der rechten Schulter eine Verletzung am rechten Knie davon. Der Kutscher blieb unverfehrt. — Vor dem Hause Mühlenstraße 68 stieß nachmittags der Kutscher Richard Fiedler, als er sich plötzlich umdrehte, um die auf seinem Wagen hochenden Knaben zu verschrecken, seinen neben ihm sitzenden sechsährigen Sohn herab. Das Kind geriet unter die Räder und erlitt an- scheinend innere Verletzungen. — Durch einen Geschäftswagen wurde vormittags der vierjährige Sohn des Rostockerstraße 54 wohnhaften Arbeiters Gabby überfahren und am rechten Unterschenkel schwer verletzt.

Ein großer Feuer brach gestern früh gegen 10 Uhr auf dem Boden des Vorderhauses Seidelstr. 25 aus. Es ist erst bemerkt worden, als es schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Als die ersten Löschzüge aus der Lindenstraße anlangten, fanden der Dachstuhl des Hauses und theilweise auch der des Nebenhofes Nr. 24, sowie zwei Fabrikbetriebe, eine Tischlerei und die Werkstat einer Krappensabrik in Flammen. Branddirektor Bierberg ließ „Mittel- feuer“ an alle Wachen melden und von den Nebenhäusern aus vor- gehen. Eine Dampfspritze, mehrere Handdruckspritzen, sowie Schläuche in direkter Verbindung mit Hydranten gaben längere Zeit Wasser. Nach 11 Uhr war die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Brandes beseitigt, so daß ein Theil der Feuerweh abrückte konnte. Der Schaden ist sehr bedeutend und soll 100 000 M. erreichen. Ueber die Entstehungs- ursache konnte noch nichts Gewisses ermittelt werden. Der Verlehe durch die Seydelstraße, der um diese Zeit sehr lebhaft ist, flochte

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 22. August: Neues Igl. Operntheater (Kroll). Die Ägypterin. Anfang 7 Uhr. Montag: Der Barbiere von Sevilla. Die Hofe von Schiras. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Coriolan. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Der Bibliothekar. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Die verunkelte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Hamlet. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Der Beichtstuhler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Comtesse Guicci. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leitung. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Dieselbe Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Beiten. Die Jüdin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: A basso porto. (Am unteren Hafen). Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Dieselbe Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Unter den Linden. Der Beauclerc. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Dieselbe Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Was ihr wollt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Was ihr wollt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Ein fideles Abend. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Dieselbe Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich. Wilhelmstädter. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kenia. Raub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Radm. 4 Uhr: Die Ägypterin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cheon. Unsere Reichspost. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag: Dieselbe Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Alexanderplatz. Verbotene Früchte. Eine tolle Prinzessin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Bellevue. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Senus auf Erden. Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum. 50 Kinder der Waise. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Sonntag, abends 8 Uhr: Was ihr wollt.

Montag, abends 8 Uhr: Was ihr wollt.

Dienstag, abends 8 Uhr: Was ihr wollt.

Luisen-Theater. 34. Reichsbergerstraße 34. Eröffnungs-Vorstellung Mittwoch, den 1. September.

Sum 1. Male: Geschwister Siebig.

Modernes Volkstheater in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Haffner.

Ruß von Fritz Krause. Billeterverkauf im Anwaltsbüro, Unter den Linden 24 und im Theaterbüro.

Ostend-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weiß.

Unsere Reichspost. Anfang 7 1/2 Uhr.

Im Garten: Anfang 4 Uhr. Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Hugo Schulz. Paula Grigatti, Henriette Ferry, Harry Marly.

Lebende Photographien etc. Montag: Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr.

Im Garten: Benefiz für den beliebtesten Instrumental-Komiker Hugo Schulz. Gr. Spezialitäten-Vorstellung unter Mitwirkung verschiedener Gäste. Anfang 4 Uhr.

Central-Theater. Alte Jakobstr. 30. Direktion Richard Schultz.

Emil Thomas a. Sonntag, den 22. August 1897: Vorlesung Sonntags-Aufführung. Sum 95. Male: Ein fideles Abend.

Burleske dramatische Novelle in einem Vorspiel und 3 Akten von Julius Freund und Wilhelm Mannsädt. Ruß von verschiedenen Meistern, arrangiert vom Kapellmeister Julius Gieseler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen und die folgenden Tage: Ein fideles Abend.

Apollo-Theater und Konzert-Garten. Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.

Rur noch bis 31. August: Venus auf Erden. Otto Reutter, Else Arevalo, Mr. Rudinoff und das erfolgreiche Programm. Kaffeezeremonie 8 Uhr.

Konzert 6 1/2 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 1. September: Eröffnung der Winter-Saison. Vollständig neues außerordentliches großartiges Programm. Beginn 7 1/2 Uhr.

Bereinsbrauerei-Ausschank Nixdorf. Dienstag, den 24. August: Großes Gala-Kinderfest. Entree 15 Pf. Kinder 10 Pf. Vood, Siedelaterne gratis. M. Berndt, Oekonom.

Urania

Taubenstrasse 48-49. Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. - Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a, Eingang Schadowstr. 14. Heute Sonntag Eintrittspreis 50 Pf.

Reichhaltigste Sammlung der Welt an lebenden Seethieren, Reptilien etc.

Passage-Panoptikum.

Blaue Grotte von Capri. Eine Kriminalgeschichte. Ein Jahrhundert der Mode. Fahrt auf dem Golf v. Neapel (Rieseo-Ilusion) und 500 Sehenswürdigkeiten.

Castan's Panoptikum. Friedrichstr. 165. Bärenweib die grösste Schönwürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Schweizer Garten. Am Königsdörf. (Gaststätte der Pferdebahn.) Am Friedrichshain. Neues Riesen-Programm! Ein Sport-Fest in Wusterhausen. Gr. Ausstattung-Operetten-Burleske. Zarrouani's urkomisch dreifache Thier-Familie. Im Saale: Grosser Ball. Volkshelufungen aller Art. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Im September ist nur noch ein Sonnabend zu vergeben.

Viktoria-Brauerei Lützow-Strasse 111/112 nahe Potsdamer Platz. (Garten resp. Saal): Täglich: Stettiner Sänger (Meyfel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.) Anfang heute 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Grandioses Sonntag-Programm. Nach der Soliree: Tanz-Kränzchen. Morgen Montag: Anfang 8 Uhr.

Ostbahn-Park Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Neu! Der Stumme und sein Affe. Ausstattung-Ensemble. Neue Attraktions-Nummern. Entree Sonntags 20 Pf. Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf. Kinder 10 Pf. Kaffeeküche. Volkshelufungen. Mittwoch: Kinder-Fest.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau Oeconomie: Birkholz & Mittag. Jeden Sonntag und Donnerstag: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle. Im Saale: Grosser Ball bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung. Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art. 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Rennbahn-Halensee. Sonntag, den 22. August, nachmittags 4 Uhr: Gr. Match über 5 Kilometer Preis: 3000 Mark Paul Mündner startet gegen Mr. S. F. Cody. Cody stehend auf 2 Pferden startet gegen Rennfahrer ausserdem Radrennen, Tandem-Fahren. Billets vorher bei O. Wendt, Leipzigerstr. 112.

Bildungsverein „Mehr Licht.“

Sonntag, 22. August, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Alexanderstrasse No. 27c (oberer Saal):

Verammlung.

Vortrag des Herrn Waldeck Annasse über: Seiten und Deuten. Darauf: Geselliges Beisammensein und Tanz. Gäste willkommen. 57/4

Zentralverband der Töpfer und Ziegler Deutschlands (Filiale Berlin.)

Mittwoch, den 25. August, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Köhlig, Hofenhalerstr. 11-12:

General-Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal 1897. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist allseitiges Erscheinen durchaus notwendig. 106/8 Der Vorstand.

Gürtler und Drücker.

Montag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Zeissalen, Benthstr. Nr. 20-22:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. „Was ist zu thun, um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern?“ Referent: Paul Litka. 2. Bericht und Renommi der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Die Vertrauensleute der Gürtler und Drücker. 108/3

Wedding-Park

Müllerstraße 178. Gr. Garten-Lokalitäten, verdeckte Sommer-Regelbahnen, Franz. Billards, Belustigungen aller Art. Kaffeeküche täglich geöffnet. Jeden Donnerstag: Gr. Kinderfest mit Gratisverlosung. Jeden Sonntag: Frei-Konzert und Ball. Jeden Mittwoch: Gesellschaftsabend. Auftreten des Konzertorchesters Herrn Kroll, sowie des Konzertpianisten Herrn H. Batsch. - Entree frei. Wilhelm Trapp.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Täglich: Konzert. Theatervorstellung. Auftreten Spezialitätenkunstl. I. Ranges Neu! Neu! Rosen aus dem Süden. Original-Burleske mit Gesang von W. Noack. Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag: im Saal: Grosser Ball.

Puhlmann's Vaudeville-Theater

Schönhauser Allee 148. Kapanien-Allee 97-99. Täglich: Im Reiche der Sirenen. Große Anhaltungsburleske mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Endspiel: Humorist. Robert Dill, Operettensänger. Little Harmon, Miniat.-Soub. Gesellschafts-Gesellschaft, dopp. Seil. Barbarina's Ballet. Mrs. Trudy, Luftspiel-pourri. Kinetograph! (lebende Photograph.) neue Serien. Großer Ball. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Reserv. 50 Pf.

Karlsgarten

Karlsgartenstr. bei der Gärtenstraße. Sonntag: Letztes diesjähriges Grusel-Fest. Abends großer Auszug sämtl. Pomme und Feisgepanne.

Bahn-Atelier.

Künstl. Bühne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plounden v. 2 M. an. Schwerkopf, Jahrgänge mit. Cocain, Chloroform, Chloroform und Nachsch unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Bühnen Jahrgängen, Jahrgängen musikl.; Katenzahlung gestattet, Woche 1 M. Guckel, Vanterer Platz 2, Gieselerstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Dr. Simmel Moritzplatz,

Spezialarzt f. Haut u. Gharneiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verlässig gewaschener Möbel. 238/6 Oranienstr. 73. Steppdecken-(Fabrik) Porz. Bügl. Handarbeit; haunend billig. Alle Federn werden aufgearbeitet. Berlin C., Wallstrasse 72.

Oeffentl. Versammlungen

der Sozialdemokrat. Parteigenossen und Genossinnen

Berlins

am Donnerstag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen:

1. Kreis: „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. 2. Kreis: Sabel's Brauerei, Vergamanner. 57. 3. Kreis: Mähring's Salon, Admiralsstr. 18c. 4. Kreis: Andreassale, Andreassstr. 21, früher Joel. 5. Kreis: „Schützenhaus“, Ufenstr. 5. 6. Kreis: „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der Brandenburger Konferenz für die Landtagitation. 2. Diskussion. Wahl von Delegierten. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein Die Vertrauenspersonen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Mittwoch, den 25. August, abends punkt 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20/21 (oberer großer Saal): Mitglieder-Verammlung für die Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tages-Ordnung: 292/9 1. Die Interessen der Musikinstrumenten-Arbeiter an den Handelsverträgen. Referent: Reichstags-Abgeordneter und Stadterordneter Fritz Zubell. 2. Bericht über die beizulegenden Differenzen bei der Firma J. Blaffe, Landbergerstraße, 3. Verschiedenes. Jeder hat die Pflicht zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen. Die Ortsverwaltung.

Zentralverein der Bildhauer.

Verwaltungsstelle Berlin. Dienstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, Rühnstr. 62: Verammlung.

Tages-Ordnung: Die von voriger Versammlung zurückgelassene Vorlesung des Kollegen Sabel und Holzbildhauer-Abend. Der Vorstand.

Zinkgiesser und Stürzer!

Bereit zur Wahrung der Interessen der Zinkgießer u. Stürzer Berlin und Umgegend. Dienstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schumacher, Paderstr. 49: Ordentliche General-Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasienbericht. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 200/4

Verein deutscher Schuhmacher.

am Montag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr. Zahlstelle I bei Feind, Weinstraße 11: Vortrag des Genossen Wagner über: Welchen Grundstein legt die Schule in die Jugend. Zahlstelle II bei Lange, Progonerstraße 15: Vortrag. Zahlstelle III bei Müller, Johannstr. 20: Vortrag. Zahlstelle IV bei Koll, Adalbertstraße 21: Vortrag. Zahlstelle V (Schulstrasse) bei Babel, Rosenthalerstraße 57: Vortrag.

Zahlstelle Friedrichsberg bei Helnicke, Friedrichstr. 11. Zahlstelle Schöneberg bei Obst, Brunnenwallstr. 110. Die Mitglieder der Zahlstelle Schöneberg, sowie auch die der übrigen Zahlstellen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden ersucht, dieselben zu erkrachten andernfalls müssen dieselben ausgeschlossen werden. Um zahlreiches Besuch bitten Die Bevollmächtigten.

Buchdrucker! Verbandsmitglieder!

Oeffentliche Versammlung von Mitgl. des Vereins Berl. Buchdrucker u. Schriftgießer Mittwoch, den 25. Aug., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Das statutenwidrige Vorgehen des Vorstandes und wie stellen sich die Mitglieder dazu? 2. Diskussion. Nicht jedes Kollegen, dem das fernere Gedeihen des Verbandes am Herzen liegt, ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer: R. Arendsee, Bovenstr. 9. 206/18

Achtung! Studatene. Achtung!

Montag, den 23. August 1897, abends 7 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Buske, Gieselerstraße 33. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Redirektor und der Konstitutions-Kommission. 2. Wahl der Lokalverwaltung. 3. Verschiedene Anträge. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht zu erscheinen. (Eiche unter „Gewerkschaftliches“.) Die neu gewählten Vereinsmitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. 270/5 Die Kommission.

Der Arb. - Stenogr. - Verein „Stolze“ zu Berlin

veranstaltet am Freitag, den 27. August er., abends 8 Uhr, einen Unterrichts-Kursus in der vereinslosten Neufolge-schen Stenographie, wozu alle Arbeiter und Arbeiterinnen freundlichst eingeladen sind. Der Unterrichts findet einmal in der Woche statt und sind dafür 25 Pf. pro Abend zu entrichten. - Stenographikundige aller Systeme werden als Mitglieder aufgenommen. Anmeldungen nimmt entgegen Restaurateur Hr. Zubell, Vindenstr. 108, und Hubert Kreuzer, Reichstr. 1, III. 1276

Große öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend

am Dienstag, den 24. August, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Benthstr. 21. Tages-Ordnung: 1. Der Arbeitsnachweis des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister. 2. Diskussion. 3. Der Stand unserer Lohnbewegung. 4. Verschiedenes. Jeder Zimmerer ist verpflichtet, für diese Versammlung zu agitieren und in derselben zu erscheinen. 278/3

Achtung! IV. Wahlkreis!

Sonntag, den 29. August 1897:

Grosse Lassalle-Feier

in L. Keller's Festsäle, Koppenstr. 29,

arrangiert von den

Parteigenossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Vokal- und Instrumental-Konzert.

Musik von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmuster“ unter Leitung des Herrn Tietz. Gesangs-Aufführungen. Vorträge erfrischend und heiteren Inhalts.

Großer Tanz.

Anfang: Nachmittags 4 Uhr.

Billets im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Achtung! IV. Wahlkreis!

Sonntag, den 29. August 1897:

Grosse Lassalle-Feier

„Urania“, Brangelstr. 9/10

Grosses Garten-Konzert

unter Leitung des Dirigenten Herrn Grass. — Der Garten faßt circa 3000 Personen.

Gesangs-Aufführungen. — Zithervorträge des Zithervereins „Lyr ol“.

Ein verlorener Sohn

ausgeführt vom Theaterverein „Mischke“.

Die Kassefläche ist den geehrten Damen von 3 Uhr an geöffnet.

Im Saale von 6 Uhr ab:

Anfang 4 Uhr.

Ball.

Billet 25 Pf.

Achtung! II. Wahlkreis!

Sonntag, den 29. August 1897:

Grosse Lassalle-Feier

in Schmargendorf, Sanssouci, Ruhlsstr. 20,

arrangiert vom

Soz. Wahlverein des II. Berl. Reichstags-Wahlkr.

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Grosser Ball.

Herrn, welche daran theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr.

Programme à 20 Pf.

Sind in den bekannten Zeitungen zu haben.

Achtung! VI. Wahlkreis! Achtung!

Sonntag, den 29. August 1897,

im „Marienbad“, Badstraße 35/36:

Lassalle-Feier

veranstaltet von den

Genossen der Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen

bestehend in

Theater, Spezialitäten und Gesangsvorträgen mehrerer

Gesangvereine. Lebendes Bild.

Anfang 4 Uhr.

[220/13]

Entree 25 Pf.

Wedding-Park

Müllerstrasse No. 178.

Sonntag, den 29. August 1897:

Lassalle-Feier

veranstaltet von den

sozialdemokratischen Parteigenossen

von

Wedding und der Oranienburger Vorstadt

bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangvereine „Nordwacht“, „Oranienburger Vorstadt“, „Sangeslust II“ und „Weddinger Harmonie“.

Im Saal: Tanz.

Herrn, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

Kinder-Belustigungen.

Die Kassefläche steht den geehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung.

Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags.

Billets 20 Pf.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Das Komitee.

Restaurant „Marienbad“

Badstrasse 35/36. Gesundbrunnen. Badstrasse 35/36.

Jeden Sonntag von nachmittags 4 Uhr ab:

Garten-Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung

Entree frei! Im Saal: TANZ. Entree frei! bei verhärteter Hauskapelle unter Leitung des Tanzmeisters Herrn Sägler. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. 1. Platz 30 Pf. Kinder 10 Pf.

Passé-partouts haben Vortrags.

Pony-Reiten. — Volksbelustigungen aller Art. — 4 Regelparkbahnen.

Die Familien-Kassefläche ist von 2-6 Uhr geöffnet. Keine Garten-Vorstellungen sind zu Vereinskassenszeiten an den Wochentagen, ebenso Säle und Vereinszimmer zu Hochzeiten, Privat- und Vereinskassenszeiten mit und ohne Theaterbühne zu den koulantesten Bedingungen zu vergeben.

Max Hekelburg, ehem. Küchenchef renommierter Häuser.

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75

Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen. Reichhaltige Abendkarte zu solid. Preisen. Pilsener und Bütow-Bier.

Wein Saal 22066

„Zum Neuen Spreewald“

Dahlemerstr. 12, ist an Vereine für Sonntagabende noch zu vergeben.

H. Fischer, Restaurateur.

Röhr's Fest-Säle

Dr. Vettin's, Brunnenstraße 34. Empfehlung feinen Saal, 450 Personen fassend, den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Jeden Sonntag:

Grosser Ball.

Konzertpart

„Zur Wolfs-Schlucht“.

Bürgerliche Brauerei

Am Tempelhofer Berg 6. Täglich Frei-Konzert b. beliebigen Damenkapelle „Humor“.

Sonntag: Im Saale: Gr. Ball. Familien können Kaffee kosten.

H. Nümann.

Gesellschaftshaus

Zwinemünderstr. 42 (alte Nr. 35) jeden Sonntag:

Ball u. Theater-Vorstellung. Empfehlung meine Säle (250 u. 700 Personen fassend) sowie Vereinszimmer zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Hübner.

W. Liebehenschel,

Mariannenstr. 48. empfiehlt nach Frühlings-, Mittags- und Abendessen zu soliden Preisen.

Achtung! 4 Säle zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten.

Alexanderstr. 27c (Engl. Garten).

Mundt's Saal.

Inh.: Ernst Gründer. Köpcke-Strasse 100. Fernsprecher Amt VII 39.

Täglich: Grosser Ball. Saal und Vereinszimmer stehen den Vereinen unentgeltlich zur Verfügung.

Stabliement Feldschlösschen.

Inhaber Fritz Nagel Müllerstr. 142.

Im größten und schattigen Garten des Nordens (8000 Personen fassend) jeden Sonntag:

Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Im Volksgarten täglich: Frei-Konzert. Sommer- und Winter-Regelbahnen.

Krieger's Festsäle

Wassertorstr. 68 [2295L] empf. feinen Saal für Privatfestlichkeiten, Kränzchen, Vereinen und zu Versammlungen. — Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag: Gr. Ball.

F. Schlote,

Schulstr. 66. empfiehlt allen Freunden seinen neu renovierten Saal, 300 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten. — Vereinszimmer, 50 Vert. fassend, mit Piano.

Brochnow's Fest-Säle,

Sebastianstr. 39. Jeden Sonntag: Volks-Ball.

Einige Sonntagabende sind noch frei

Beiz- und Bairisch-Bierlocal

„Neue Post“

Benth-Strasse No. 21. Zwei Vereinszimmer für 15 bis 80 Personen. Oesterreichische Arbeiterzeitung liegt an.

Vereinszimmer noch einige Tage frei. Rammstr. 86. [22066]

Brauerei Stralau.

Sonntag, den 29. August 1897:

Grosse Lassalle-Feier

arrangiert von den

Genossen der Ortshaften Kummelsburg, Stralau, Friedrichsberg u. Friedrichsfelde

unter gütiger Mitwirkung der örtlichen Gesangvereine (Mitglieder des Arbeiter-Sänger-Bundes). Grosses Konzert, ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmuster. Brillant-Feuerwerk. Turnerische Aufführungen. Große Fackelpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stadtlaterne gratis. Auftritte der beiden Volkshumoristen Fischer u. Michel. Die Kassefläche ist von 2 Uhr an geöffnet.

Im Saale: TANZ. Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Gröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Eine recht zahlreiche Beteiligung erwartet.

Das Komitee.

Kommandantenstraße 20 Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20.

Heute, Sonntag, den 22. August 1897:

Instrumental- u. Vokal-Konzert.

veranstaltet vom Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen.

Anfang 4 Uhr. Die Kassefläche ist von 3 bis 6 Uhr geöffnet. Entree 25 Pf., Kinder frei.

Max Kliem's Sommertheater

Dahlemerstr. 14-15.

Auf der neu erbauten Sommerbühne täglich: Großes Konzert, Spezialitäten- u. Theater-Aufführung.

Jeden Sonntag, Montag u. Mittwoch in den Vorabend-Sälen: Grosser Ball. — Entree zum Garten 15 Pf., dafür 1 Gl. Bier 1/2 Liter.

Achtung! Keller's Festsäle, Koppenstraße 29.

Heute, Sonntag, den 22. August: Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert

arrangiert von den Gesangvereinen Sängerkorps, Männerchor St. Urban, Alliance und Oberon (Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes). Direktion Herr Tietz.

Kasseneröffnung 4 Uhr. Programm 25 Pf. Anfang 5 Uhr.

Nach dem Konzert: Großer Tanz. Allen Anwesenden einen genussreichen Abend versprechend, ladet er

gebend ein.

A. Schierwater

Dahlemerstr. 48. Musikalienverlag und -Handlung. Gr. Lager v. Männerstimmen, gem. Chören, Soli etc. Streng reelle und prompte Befolgung. Katalog gratis. Größter Verkauf: „Leb des Arbeiterhandes“, Männerchor von Müller, 15 Pf.

Achtung! Der schönste Anstehort, am Wald gelegen, in Vetter Kesse's Restaurant, Baumshuldenweg, Gannow Haussee 8264b.

Arbeitsnachweis für Bäcker, Stepper u. Zuckerdreher befindet sich Fehrdammstr. 34 part. bei Polgt. Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, ist Sitzung. Gendarmenstr. ist jeden Sonntag Morgenprospekte.

Bettfedern

das Pfund für 50 Pfennig. Gänsefedern 1/2 Pf. 1,25 Pf. enorme Auswahl (auch in Jalousien und Bezügen).

Fertige Betten der große Stand 12 Mart. A. Schonert 8 Mariannen-Platz 8.

Möbel

verleihen gewasene und neue, kausend billig. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. 17914.

Neue Königstr. 59.

4blätterige Aleeblätter,

natürliche, gepreßt, nicht größer als ein 50 Pfennigsstück, werden zu kaufen gesucht und pro Stück mit 5 Pf. bezahlt von Seyer, Berlin, Holzmarktstr. 50a, I. r. 8254.

Kinder-Bettstellen

Kinderwagen 0,00, 9,00, 15,00, 18,00 bis allerfeinste. Feder-, Sport- und Wägenwagen. (Berl. ab. H. r. l.) E. Stassny, Berlin O., nur Wallstraße 21.

Socius, thätig u. ca. 5-10 Wirtze Markt gesucht. Sehr gute Offerten. Off. unt. „Weltfabrikale“ Postamt 23.

Unfallwagen, Klagen, Eingaben Patzger, Steglitzerstr. 65.

Freundliche Hofwohnungen billig! Zwinemünderstr. 51/52.

Bettfedern

das Pfund für 50 Pfennig. Gänsefedern 1/2 Pf. 1,25 Pf. enorme Auswahl (auch in Jalousien und Bezügen).

Fertige Betten der große Stand 12 Mart. A. Schonert 8 Mariannen-Platz 8.

Möbel

verleihen gewasene und neue, kausend billig. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. 17914.

Neue Königstr. 59.

4blätterige Aleeblätter,

natürliche, gepreßt, nicht größer als ein 50 Pfennigsstück, werden zu kaufen gesucht und pro Stück mit 5 Pf. bezahlt von Seyer, Berlin, Holzmarktstr. 50a, I. r. 8254.

Kinder-Bettstellen

Kinderwagen 0,00, 9,00, 15,00, 18,00 bis allerfeinste. Feder-, Sport- und Wägenwagen. (Berl. ab. H. r. l.) E. Stassny, Berlin O., nur Wallstraße 21.

Socius, thätig u. ca. 5-10 Wirtze Markt gesucht. Sehr gute Offerten. Off. unt. „Weltfabrikale“ Postamt 23.

Unfallwagen, Klagen, Eingaben Patzger, Steglitzerstr. 65.

Freundliche Hofwohnungen billig! Zwinemünderstr. 51/52.

Pianino verl. Zeughoferstr. 5, pl.

Schlaff, sep. Schreibst. 30 IV r.

Frdl. möbl. Zimmer f. 6, 10 W., Dampf, Krautstr. 3 v. 3 Tr.

Frdl. Schlaff f. 2 D. Wasserhorststr. 45 v. 1 Tr.

Schlaff, Möhring, Panitzschstr. 47.

Frdl. möbl. Schlaff an D. 3 verm. b. Altmann, Rammstr. 10 v. III L.

Frdl. Schlaff f. 2 D. Franzstr. 3 v. 4 Tr. I.

Schlaff f. 2 D. Oranienstr. 189 v. 4 Tr. r.

Schlaff, Meyer, Rammstr. 84 v. III

Frdl. Schlaff f. 2 D. bei Müller, Rottb. Str. 2 v. 3 Tr.

Schlaff f. Mädchen b. Wwe. Reine, Wartenstr. 41 v. 2 Tr.

Al. einf. möbl. Zimmer, 9 W., sep., St. Martinstr. 27 v. II b. Schulze.

Frdl. Schlaff, sep. f. 2 D. b. Wwe. Schöne, Seebastianstr. 64 III r.

Frdl. Schlaff f. 1 D. b. A. Meyer, St. Martinstr. 11 v. 3 Tr.

Schlaff f. 2 D. Leute, II. St., kinderl. Leute, Simonstr. 4 v. 4 Tr., Meyer.

Schlaff f. 2 D. Frau Guttmann, Fehrdammstr. 97, I. 2 Tr.

Frdl. Stutzzimmer f. 2 D. billig. Belle-Alliancestr. 90, Durchg. 2 Tr. I.

Schlaffelle bei Buchholz, Briegstr. 35, v. 3 Tr.

Eine möbl. Schlaffelle zu verm. Admiralsstr. 19, v. 1 Tr. I.

Frdl. Schlaff, Wwe. Meyer, Hildebrandstr. 17, 2 Tr.

Al. möbl. Zimmer f. 2, 15 W. mit Kasse. Ww. Becker, Admiralsstr. 28, v. II.

Frdl. möbl. Schlaff f. 1 D. od. 2 D. b. alleinst. Frau, Rottb. Str. 159, D. 1 Tr. I., Tont.

2 anst. D. od. Damen können wohnen b. Ww. Schilling, Köpcke-Str. 127a.

Schlaff f. e. D. b. Wwe. Mann, Stallweidenstr. 55 v.

Frdl. Zimmer, sep. G. u. Pl., f. 1 od. 2 D. Rammstr. 22, 2 Tr., Frau Rantz.

Frdl. Schlaff f. 2 D. u. 1 Sept. Rantzstr. 87, v. 2 Tr. I. b. Wirth.

Schlaff f. 2 W. Wallschodenstr. 57, Schulze.

Schlaff f. 2 anst. D. Panitzschstr. 38, v. IV. sep. b. Schwarz, (Ging. Gde. Weidenbergstrasse).

Schlaff für 2 Herren Wartenstr. 118, v. 3 Tr. bei Polgt.

Schlaff f. Herrn bei Gradowstr. Rammstr. 90, Hof 4 Tr.

Schlaff für Mädchen Wartenstr. 118, v. 2 Tr. bei Polgt.

Wartenstr. 63, Hof 2 Tr. bei Müller Schlaff. sep.

Frdl. Schlaff, sep. f. 2 Wwe. Teller.

Frdl. laubere Schlaff, sep. verm. Altmann, Teiltowstr. 43, Hof part.

Junger anst. Mann sucht bessere Schlaffelle am liebsten alleinst. Geg. Rottb. Str. 159, Offerten M. N. Schmidt, Wienerstr. 1-3.

Frdl. Schlaff f. 2 D. Rottb. Str. 64, Hof 3 Tr. bei Koch.

Frdl. 3. zu verm. Koppenstr. 65, v. 2 Tr. bei Wwe. Henckje.

1098

